

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. In der Zeitungs-Verkaufsstelle oder deren Raum 10 Pfennig, die Restbezüge oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Frauen und Jungend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich.

Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Mr. 5.

Donnerstag, den 12. Januar 1911.

39. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Die Moabiter Straßenkrawalle vor Gericht.

Während noch die Strafkammerverhandlungen wegen der Moabiter Straßenkrawalle schweben, begannen Montag vor zwei deutschen Gerichten die Verhandlungen in Strafsachen, die dieselben Straftaten bezug. solche ähnlicher Art zum Hintergrund haben. Die am schwersten betroffenen Angeklagten anlässlich der Moabiter Straßeneinfälle sind nicht vor die Strafkammer verwiesen, sondern wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs vor das Berliner Schwurgericht gestellt worden, das Montag in der Sache seine Sitzungen aufnahm. Es handelt sich im ganzen um 18 Angeklagte, doch nimmt man an, daß die Verhandlung bei weitem nicht die Zeit in Anspruch nehmen dürfte wie der Prozess vor der Strafkammer. Die Angeklagten sind meist Arbeiter, drei von ihnen zählen weniger als 20 Jahre. Die Anklage läuft sich auf die §§ 115 und 125 des St.-G.-B. Der erste Paragraph bedroht denjenigen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren und beim Vorhandensein mildernder Umstände mit Gefängnis, nicht unter sechs Monaten, der den Anordnungen der Behörde mit Gewalt Widerstand leistet. Der § 125 bestraft den Landfriedensbruch, der durch eine zusammengetriebene Menschenmenge begangen wird, und zwar mit demselben Strafmaß. Im einzelnen wird den Angeklagten zur Last gelegt, die Beamten mit Steinen beworfen, Laternen zertrümmert und andere strafbare Handlungen begangen zu haben.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Unger, die Staatsanwaltschaft wird vertreten durch Oberstaatsanwalt Preuß und die Staatsanwälte Ratzke, Porzelt und Stelzner. Letzterer ist der Anklagevertretung beigegeben, weil er bisher in den Strafkammerverhandlungen als Vertreter der Anklage mitgewirkt hat und daher in die Materie eingeweiht ist. Unter den acht Verteidigern befinden sich auch die in der Strafkammerverhandlung gewesenen Rechtsanwälte Heine, Dr. Rosenfeld, Dr. Liebschütz und Heinemann. Der Vorsitzende stellt zunächst die Anwesenheit der 18 Angeklagten fest, die den typischen Eindruck von beschäftigungslosen Arbeitern machen. Sie erscheinen überwiegend ohne Kragen, zwei oder drei von ihnen sind mit einer gewissen schäbigen Eleganz gekleidet. Die meisten sehen recht wenig intelligent aus. Ungefähr die Hälfte der Angeklagten ist, wie sich bei der Personalbefragung ergibt, wegen kleiner Eigentumsvergehen, Vagabondage, Bettelns und Körperverletzung vorbestraft. Es wird darauf zur Vernehmung der Angeklagten geschritten. Von den Angeklagten, die vernommen wurden, bestritten die meisten, überhaupt irgendwelche Ausschreitungen begangen zu haben. Einige geben zu, mit Steinen geworfen zu haben, aber nur aus Empörung über das rohe Vorgehen der Schutzeile; über die Tragweite des Steinwerfens seien sie sich nicht klar geworden. Der Angeklagte Wigner soll gerufen haben: „Dau sie!“ und wird daher von der Anklagebehörde als Mädelführer betrachtet. Er hat diesen Ausruf auch auf der Polizeiwache ausgegeben, behauptet aber heute, daß er zu diesem Zustandnis gezwungen worden sei. Man habe ihn mit Fußtritten traktiert und ihm einen Arm ausgerenkt, daher habe er das Geständnis abgelegt. Während der Vernehmung unterhalten sich einige Angeklagte pantomimisch, was der Vorsitzende in scharfen Worten rügt.

Im ersten Moabiter Krawall-Prozess

Vor der Strafkammer nahmen am Montag die Plaidoyers der Verteidiger ihren Fortgang. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld sprach die Krawalle dem Janhagel, nicht den Arbeitern zu. Die Polizei habe sich keineswegs darauf beschränkt, Angriffe abzuwehren, sondern sie habe darüber hinaus in weitem Umfang Angriffe auf das Publikum gerichtet, die vollständig grundlos und zwecklos waren. Rechtsanwalt Liebschütz verteidigte den Gastwirt, der eine eger denselben beantragte Strafe von 15 Monaten sei viel zu hoch. Die Schlägerei in dem Bilschen Lokal könne sich unmöglich so, wie von den Zeugen behauptet war, abgespielt haben. Rechtsanwalt Cohn plaidierte für eine milde Strafe seines Klienten, gegen den die Staatsanwaltschaft dreißig Monate Gefängnis, die höchste von allen Strafen, beantragt hatte. Der Verteidiger meinte, die betreffenden Schutzeile hätten gar nicht in berechtigter Ausführung ihres Amtes gehandelt, sondern sei dabei in Notwehr gewesen. Auch die letzten Verteidiger wollten die Angeklagten tunlichst milde behandelt wissen. Darauf folgte Vertagung.

Ein ähnlicher Prozess

beginnt in diesen Tagen vor der Bremer Strafkammer. Auch hier gründen

sich die Anklage auf die §§ 115 und 125 St.-G.-B. wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs. Die dortigen siebzehn Angeklagten haben die Straftaten seinerzeit am 17. und 18. Oktober begangen und zwar während des großen Straßenbahnstreiks. Mitte Oktober hatten bekanntlich die Straßenbahnangehörigen der Direktion Forderungen nach Lohnsteigerungen unterbreitet, die aber zunächst von der Direktion abgelehnt wurden. Bei den weiteren Verhandlungen konnte sich die Direktion auch nicht dazu verstehen, die Vertreter des Transportarbeiterverbandes zu den Verhandlungen zuzulassen. Das machte bei den Arbeitern sehr böses Blut. Es fanden in den Nachmittagsstunden Massenansammlungen der Streikenden statt, die sich dann in den Abendstunden zu Ausschreitungen verleiteten. Es wurden, genau wie in Moabit, Laternen ausgelöscht und die Polizeibeamten bedroht. Am nächsten Abend wiederholten sich die Ausschreitungen, doch hatte für diesen Tag die Polizei große Vorbereitungen getroffen und die in Frage kommende westliche Vorstadt durch starke Patrouillen gewissermaßen in Belagerungszustand versetzt. Es gelang auch zunächst, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen, die Menge in die Seitenstraßen abzutreiben. Als dabei die Polizei mit einem größeren Aufgebot vorging, wurde wieder auf die Beamten mit Steinen und Bierflaschen geworfen und ein Polizeiwachmeister durch ein Stück Eisen schwer verletzt. Die Menge war aber durch das Vorgehen der Polizei doch so eingeschüchtert worden, daß die Unruhen bald abklangen. Von den festgenommenen Personen wurden siebzehn in Haft behalten und unter Anklage gestellt.

Deutschland.

Der Kronprinz traf Sonntag mittags in Lahore ein, es fand nur ein ganz einfacher Empfang statt. Bald nach seiner Ankunft hatte der Kronprinz eine längere Unterredung mit dem Gouverneur, wobei er sich über die Einrichtungen ausführlich orientierte. Darauf unternahm der Thronfolger mit seinem Gefolge im Automobil eine ausgedehnte Rundfahrt und versuchte sich so einen allgemeinen Eindruck von der ganzen Stadt. Am Nachmittag besichtigten die Herren des Gefolges auf mehreren Elefanten mit ihren englischen Gastebern das urale Eingeborenenviertel, die Festung und andere sehenswerte Punkte der Stadt. Die gleiche Tour unternahm etwas später auf einem mit goldener Saubad geschmückten Elefanten der Kronprinz mit dem Gouverneur. Abends fand ein Bankett statt.

Die Verteidigung des Prinzen August Wilhelm als Referendar.) Im Landgericht zu Potsdam herrschte Montag eine gewisse Festimmung. Die Gerichtsbauer hatten sämtliche Ordensauszeichnungen angelegt. Die Richter, Assessoren und Referendare erschienen im Grad und weißer Binde. Der Landgerichtspräsident Geh. Oberjustizrat v. Ehrenberg, war schon sehr zeitig zur Stelle, um den Prinzen August Wilhelm zu empfangen, der um 11 Uhr, im Automobil von Berlin kommend, vor dem Gerichtsgebäude vorfuhr. Im Vestibül empfing ihn der Präsident und geleitete ihn in sein Zimmer, wo ihm der Amtsrat v. Bonin vorgestellt wurde, der die praktische Ausbildung des Prinzen übernimmt. Um 12 Uhr begann die Verteidigung. Sämtliche Richter des Landgerichts Potsdam, Staatsanwälte, Assessoren und Referendare hatten im Jünglingsraum Platz genommen. Der Prinz erschien in der Uniform des 1. Garberegiments mit der Kette des Schwarzen Adlerordens und las die Gesetzesformel ab.

Fürst und Fürstin Sibirsk haben ihre silberne Hochzeit in Rom unter allgemeiner Teilnahme gefeiert. Die Königin Selene von Italien empfing schon tags zuvor das Jubelpaar und sprach ihm namens des Königs und in ihrem eigenen Namen die besten Glückwünsche aus. Auch der Papst gratulierte. Ein sehr herrliches Glückwunschtelegramm ging vom Kaiser aus. Suberschied ein, während der Hofkammer v. Jagow ein prachtvolles Blumenarrangement im Namen des Kaiserpaars überreichte. Die deutschen Bundesfürsten überreichten Glückwunschgramme, außerdem noch viele ausländische Herrscher, der Zar, der König von Dänemark, der König von Griechenland u. a., ferner viele Diplomaten, Parlamentarier und sonstige hervorragende Persönlichkeiten des Reiches wie des Auslandes. Fürst Sibirsk wird alle eingegangenen Telegramme selbst sichten und diejenigen bestimmen, die veröffentlicht werden. An dem intimen Diner abends nahmen die Mitglieder der deutschen Hofgesellschaft teil.

Im preussischen Justizministerium wird, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin hört, dem sich das Kultusministerium vielleicht baldig anschließen wird, ernstlich der Plan erwogen, im Referendarengamen die häusliche, sog. wissenschaftliche Arbeit ganz fallen zu lassen, wie dies bereits in zahlreichen anderen Bundesstaaten geschehen ist. Immer mehr bezieht sich auf den leitenden Stellen

die Ueberzeugung, daß jede Garantie für die Selbstständigkeit der Abfertigung häuslicher Arbeit fehle. Durch die beabsichtigte Reform soll eine systematische Fälschung des Prüfungsergebnisses in Zukunft vermieden werden; an die Stelle der abgeschafften häuslichen Arbeiten werden dann die Leistungen bei der Klausur und bei der mündlichen Prüfung zu entscheiden haben. Von einer als 4. Klausur einzuführende Bandklausur scheint man jetzt endlich absehen zu wollen und statt dessen als 4. Klausurarbeit ein aus dem geltenden Recht entnommenes Thema stellen zu wollen.

Die Dringlichkeit des Zustandekommens der Wertzuwachssteuer wird halbamtlich in der „Norddeutschen Zeitung“ noch einmal wie folgt begründet: „Bald nach Wiederbeginn seiner Sitzungen wird der Reichstag die Beratung über das Zuwachssteuergesetz zu Ende führen. Wie wir hören, besteht die Absicht, mit der zweiten Lesung des Entwurfs etwa am 16. Januar zu beginnen. Dadurch wird die unentbehrliche Grundlage für die weitere Beratung des Etats geschaffen, denn der Ertrag der Zuwachssteuer bildet einen entscheidenden Bestandteil der Einnahmen, welche erforderlich sind, um bei Hinzutritt der Heeresverfälschung und einer verbesserten Veteranenversorgung das Gleichgewicht des Etats zu erzielen. An dem wichtigsten Grundbaustein ihres Finanzprogramms: keine neue Ausgabe ohne gleichzeitige Deckung einzustellen, werden die verbündeten Regierungen unbedingt festhalten, und die Parteien des Reichstags haben sich nicht minder entschlossen gezeigt, ihn wie für 1910 auch für den nächstjährigen und die folgenden Etats mit Strenge durchzuführen. Nachdem das Zuwachssteuergesetz jetzt in dreimaliger Lesung der Kommission eine über das gewöhnliche Maß weit hinausgehende Durcharbeitung erfahren hat und alle Einwendungen zu wiederholten Malen durchgesprochen worden sind, darf vorausgesetzt werden, daß der Reichstag dem von ihm selbst unter Zustimmung weiterer Volkskreise angeregten Gedanken nunmehr den Charakter einer endgültigen Entscheidung geben wird. Die Tragweite dieser Entscheidung ist so groß, daß sie durch den Widerstand vereinzelter Gruppen und äußerlicher Interessen nicht mehr beeinträchtigt werden können.“

(Die Erfüllung eines alten Wunsches.) Im Etat der Eisenbahnverwaltung für 1911 findet sich unter anderem eine Mehreinstellung von 450 000 Mark. Mit diesem Betrage soll denjenigen pensionierten Eisenbahnbeamten, die aus dem Privatbahndienst übernommen worden sind und denen als Kriegsteilnehmer nach Artikel 11 des Pensionsgesetzes vom 27. Mai 1907 ein Mehrbetrag an Pension zusteht — es handelt sich um die bekannten fünf sechzigstel —, dieser fünfzigstel als Pensionszulage auf Grund eines hierzu zu stellenden Antrages ausbezahlt werden. Den einzureichenden Anträgen soll die Genehmigung nur erteilt werden, wenn die Bedürftigkeit neben der Würdigkeit der Antragsteller nachgewiesen ist. — Damit wäre ein langgehegter Wunsch der Eisenbahnbeamten, die aus dem Privatbahndienst übernommen sind, erfüllt.

Der Entwurf betreffend Einführung der allgemeinen Fortbildungspflicht für alle gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren, der dem Landtage demnächst zugehen soll, will die Fortbildungspflicht für alle männlichen jugendlichen Arbeiter an allen Orten einführen, die bei der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Seelen zählten. Die Schule soll von den Kommunen errichtet und unterhalten und im allgemeinen den bestehenden Volksschulen angegliedert werden. Inoffiziell ist auch die Berufung des Lehrpersonals der Volksschulen für diese Fortbildungsschulen. Es kommen zurzeit etwa nur noch 50 Orte in Betracht, die auf Grund dieses Gesetzes Fortbildungsschulen einführen hätten. Auf die jugendlichen gewerblichen Arbeiterinnen soll das Gesetz nicht ausgedehnt werden.

(Staatliche Beihilfe für Bräute der Kolonialbeamten.) Am den Beamten in den Schutzgebieten das Eingehen der Ehe mit deutschen Frauen zu erleichtern, hat, wie der Korrespondenz „Serr und Politik“ von kolonialer Seite mitgeteilt wird, das Reichskolonialamt eine sehr bemerkenswerte Verfügung getroffen, die sofort in Kraft tritt und mit großer Vergünstigung zu begehren ist. Es wird nämlich in Zukunft den deutschen Bräuten der Schutzgebieten eine staatliche Beihilfe für die Ansätze nach den Kolonien gewährt werden. Damit wird ein in keinem Falle das Hindernis einer Heirat beseitigt, wird die Beihilfe in einer solchen Höhe bewilligt werden, daß sie zur Deckung der sämtlichen wirklichen entstehenden Verpflegungskosten ausreicht. Die Auszahlung der Beihilfe erfolgt jedoch erst nach vollendetem Ehegütervertrag, um allen eventuellen Mißbräuchen von vornherein entgegenzutreten. Wenn man bedenkt, daß die Anzahl der Kolonialkinder in dem letzten Jahre sehr stark gewachsen ist, und daß damit die Massenvermehrung eine großen Fortschritt ge-

macht hat, so wird man diese Verfügung um so mehr zu schätzen wissen, da die Eheschließung der Beamten mit deutschen Frauen auch für die anderen deutschen Ansiedler ein gutes Beispiel bilden wird. Dieselbe Verfügung, die für die Kolonialbeamten des Reichskolonialamts gilt, ist auch auf die Angehörigen der Beamten für Post und Telegraphie ausgedehnt worden.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Beamtenvereine hat mit Rücksicht auf die bevorstehende Revision des preussischen Einkommensteuergesetzes sich mit einer Eingabe an den Finanzminister gewandt, um eine Beeinträchtigung des kommunalen Steuerprivilegs zu vermeiden, welches durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts entstanden ist. Fast alle Gemeinden in Preußen haben bei der Heranziehung der öffentlichen Beamten, der Geistlichen und Lehrer sich diesen Rechtsgrundlagen des Oberverwaltungsgerichts angeschlossen. Danach werden die Abzüge für Hypothekenzinsen nicht nur auf das Einkommen aus Grundbesitz, sondern verhältnismäßig auch auf die sonstigen Einkommensquellen verteilt. Diese Maßregel trifft naturgemäß in besonderem Grade den Beamten mit verschuldetem Grundvermögen, also gerade den wirtschaftlich Schwächeren. Im preussischen Einkommensteuergesetz werden die Schuldenzinsen nicht als Werbungskosten, sondern als Unterhaltkapital zur Erweiterung des Vermögens betrachtet. Sie bilden also eine Passivquelle für sich und sind von dem gesamten Roh Einkommen in Abzug zu bringen. Tatsächlich wird nun durch die Anwendung der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts das Steuerprivileg der Beamten ganz oder teilweise aufgehoben. Und aus diesem Grunde hat der Verband deutscher Beamtenvereine für das künftige Einkommensteuergesetz einen entsprechenden Zusatz beantragt, welcher den Umfang der Werbungskosten genau bestimmen soll.

Zur reichsständischen Verfassungslage, deren erste Beratung im Reichstage noch vor der zweiten Etatslesung erfolgt, wurden von den Zentrumsabgeordneten Klaf-Bohringens in sechsständiger Sitzung weitgehende Änderungsanträge beschlossen. In Straßburg veranlaßten die Sozialdemokraten einen Streikunmug mit roten Fahnen unter Abführung der Maréllasse als Demonstration gegen die ihnen nicht genügende Vorlage. Liberale und Demokraten blieben der Kundgebung fern.

(Der deutsche Fleischerverband über die Fleischsteuer.) Der Deutsche Fleischerverband veröffentlicht in seinem Organ einen Rückblick auf die geschäftliche Lage des Gewerbes im abgelaufenen Jahre und beschäftigt sich dabei auch eingehend mit der Fleischsteuer und ihren Ursachen. Es wird berechnet, daß sich das Manko bei den Rinderfleischschlachten auf über 100 000, bei den Kalbfleischschlachten auf über 30 000 Stück am Jahreschlusse stellte. Demgegenüber steht eine geringe Mehrschlachung an Schafen, während allerdings bei den Schweinen die Mehrschlachung sich gegenüber 1909 auf etwa 460 000 Stück berechnete. Die dem Konsum gelieferte Fleischmenge hat sich demnach nicht erheblich vermindert, wohl aber lag ein erheblicher Qualitätsmangel vor. Was den Umfang der Versteuerung anlangt, so wird berechnet, daß die Fleischsteuer in den ersten drei Vierteljahren sich um 131 1/3 Millionen gegenüber 1909 verteuert hat, so daß auf das ganze Jahr wenigstens 160 Millionen herauskommen. Da auch 1909 der Preis sich um 165 Millionen erhöht hatte, wird der außerordentliche Preisstand und die Verbitterung der Massen ohne weiteres verständlich. Demgegenüber plädiert das Fleischergewerbe auf Deckung der Grenzen, namentlich der holländischen und dänischen.

(Der Annen-Orden I. Klasse für Prof. Ehrlich.) Prinz Peter von Oldenburg wurde vom Zaren beauftragt, dem Prof. Ehrlich persönlich die seltene Auszeichnung des Annen-Ordens erster Klasse zu überreichen.

(Ausweisungen von Dänen.) Nach Pressemeldungen sind insgesamt 19 Ausweisungen von Dänen aus der Nordmark wegen Teilnahme an dänischen Versammlungen usw. im vergangenen Jahre erfolgt.

Die konstituierende Versammlung für die Bildung eines Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe hat ihre Beratungen im Reichstage beendet. Das Schiedsgericht ist nunmehr konstituiert und wird Ende des Monats Gelegenheit haben, in einer eigenen Tagung gelegentliche Streitpunkte zu verhandeln.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat eine große Anzahl Tarifverträge gekündigt, um in eine allgemeine Lohnbewegung eintreten zu können. Die Arbeiter verlangen Lohnsteigerungen, Verkürzung der Arbeitszeit und den Abschluß von Tarifverträgen auf vier statt bisher drei Jahre, ferner Lohnminderungen bei Mangel an Material und ähnliches mehr. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat ein Vertragsmuster ausgearbeitet, das bei den neuen Verhandlungen als Unterlage dienen soll, bei den Arbeitgebern aber auf Widerstand gestoßen ist.

gen
da
der
mu
18
ter
So
Di
find
ge
des
Ber
lie
Ber
auf
er
un
leg
15
be
re
für
un
16
So
fu
de
ei
an
bi
bi
se
h
C.
Buc
n
b
g
a
g
e
Zeit
Ein
Ziel
1
S
auß
Heil
L.
M
emp
Hü
Ed
trä
Do
Po
wa
Kri
sch
Rep
Re
Na
selbst
repro
fied
bei
Dr.
De
Lui
Freih
Gaut
nach
Meth
sentli
Prof

Diese weisen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit entschieden zurück. Sie sind bereit, zu unterhandeln, lehnen aber die weitergehenden neuen Forderungen im Hinblick auf die schlechte Konjunktur ab. Die Arbeitgeber sind unter diesen Umständen auf einen Kampf vorbereitet.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— Die Verhandlungen über die Neubildung des österreichischen Ministeriums, die, wie wir meldeten, vorübergehend zu scheitern drohten, sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Das neue Kabinett ist gebildet und vom Kaiser Franz Josef bereits bestätigt worden. Ministerpräsident ist Freiherr von Vinieth.

Frankreich.

— (Die französische Eifersucht.) Die französische Presse zeigt sich fortgesetzt eifrig bemüht, die Besorgnisse der Öffentlichkeit über die deutsch-russische Annäherung zu beschwichtigen. Zu diesem Zwecke publiziert „Echo de Paris“ das durch eine Indiskretion in die Hände der Redaktion gelangte Neujahrstelegramm des Zaren an den Präsidenten Fallières, worin Kaiser Nikolaus sich der traditionellen Ausdrücke „das befreundete und verbündete Frankreich“ bedient. Das Blatt glaubt in den gebrauchten Ausdrücken mehr als eine einfache Formel der Höflichkeit erblicken zu dürfen. Der „Matin“ hat seinen Berichterstatter nach Petersburg geschickt, um die Stimmung der politischen Kreise zu sondieren. Wie der Korrespondent seinem Blatte drahtet, hat sich nach seinen Erkundigungen an den zuständigen Stellen nichts hinsichtlich des deutsch-russischen Bündnisses und der dreifachen Verständigung geändert. Was Deutschland betrifft, hat die Begegnung zwischen beiden Ländern befestigt, die durch Österreichs und Deutschlands Haltung zur Zeit der Anexion Bosniens hervorgerufen worden war. Die deutsch-russischen Beziehungen sind gut nachbarlich geworden, wie sie früher waren. — Der Wortlaut der Neujahrswünsche des Zaren wird wie folgt angegeben: „Bei Beginn des neuen Jahres halten wir, die Kaiserin und ich, darauf, Ihnen persönlich sowie Ihnen als Präsident der Republik unsere aufrichtigen Glückwünsche zu übermitteln, welche wir für Sie persönlich sowie für das befreundete und verbündete Frankreich haben.“

— Klagen über Insubordination in der französischen Armee werden jetzt so häufig laut, daß man sich kaum noch wundern kann, von einem regelrechten Soldatenstreik wegen mangelhafter Ernährung zu hören: In Toulon meuterten etwa hundert Mann der Handwerkerkompanie des 10. Fußartillerie-Regiments, indem sie sich weigerten, die Arbeit, zu der sie kommandiert waren, aufzunehmen; sie gaben an, die Mittagsspeise sei schlecht und nicht ausgiebig genug. Den Vorgesetzten gelang es endlich, sie nach dem Arbeitsplatz zu bugisieren. Doch dort erklärten die Leute den sogenannten Streik der gekreuzten Arme, das heißt, sie taten nichts. Am Abend weigerten sie die Einnahme des Abendbrotes. Endlich gelang es dem herbeigerufenen Obersten Buchner nach vielem Parlamentieren, die Leute vorläufig zur Vernunft zu bringen, indem er ihnen eine Untersuchung der Nahrungsangelegenheit zusagte und versprach, daß so etwas nie mehr vorkommen werde. Darauf wurde die Arbeit, obgleich widerwillig, wieder aufgenommen.

— (Frankreichs Steuereinnahmen.) Die Steuereinnahmen für Dezember 1910 erreichten 930 Millionen Francs, was einen Mehrbetrag von zirka 37 Millionen, sowie eine Zunahme von 47 Millionen Francs gegen das Vorjahr ergibt. Die gesamte Zunahme an Steuern für 1910 beläuft sich auf 191 1/2 Millionen.

— (Eine französische Ente.) Pariser Blätter hatten eine Meldung veröffentlicht, der zufolge Fürst Albert von Monaco von dem ermordeten König von Portugal Dom Carlos einen großen Kolonialbesitz im Hinterlande von Mozambique für drei Millionen Francs angekauft habe und ihn an Deutschland weiterverkaufen wolle. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, beruht diese Meldung auf freier Erfindung.

Spanien.

— (Die Aristokratie des spanischen Königs.) König Alfons, der am Sonnabend in Melilla landete, vollzog die feierliche Einweihung des Denkmals für die Gefallenen aus dem Feldzuge im Rif. Später wohnte König Alfons der Ueberreichung neuer Fahnen an die dortigen Regimenter bei und nahm den Vorbeimarsch von 10 000 Mann starken Truppen entgegen.

Türkei.

— (Griechisch-türkische Grenzklämpfe.) In der Umgebung von Khaba an der griechischen Grenze hat ein Kampf zwischen türkischen Soldaten und einer griechischen Aufständischen stattgefunden. Die Türken verloren einen Unteroffizier und einen Soldaten. Die Verluste der Griechen sind unbekannt. Bei Vicholova, in der Gegend von Filat, Vilajet Janina ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Mohammedanern und Christen gekommen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Eine starke Militärabteilung ist abgegangen, um die Ordnung wieder herzustellen. — Wie eine amtliche Meldung aus Tinnabala besagt, haben bulgarische Komitatssoldaten das türkische Wachhaus bei Tinnabala besetzt. Ein Soldat wurde getötet. Nachdem sie mit der Besetzung Schiffe gewechselt hatten, ergreifen sie die Flucht.

Monaco.

— Das Spielbankverbot in Monaco, das jetzt seine neue Fassung bekommt, zählt, wie bei dieser Gelegenheit mitgeteilt wird, bei 19 000 Besuchern nur 1500 wirkliche eingeborene Landesbürger. Die meisten Besucher, denen auch der Hauptbesitz gehört, sind Franzosen, Italiener und andere Ausländer. Wie die dem Verhältnis kann kein eigentliches Parlament gebildet werden; es wird ein Nationalrat gebildet, der zusammen mit dem Fürsten und einem Minister alle Angelegenheiten leiten soll. Da die Spielbank alle Steuern zahlt, bleibt sie aber nach wie vor der mächtigste Faktor im Lande.

Westfalen u. Rheinland.

— (Kamen, 12. Jan. (Verhiebenes.) Der Kultusminister hat in einem Erlasse erklärt, daß seine Bedenken vorhanden seien, daß in die Aufstellungsurkunden der Lehrerinnen und in die Befolgungsanordnungen allgemein eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach deren Anstellung mit dem Tage ihrer Eheschließung ihr Ende erreicht, sofern nicht örtliche Schulinteressen die Entlassung mit dem Schluß des Schuljahres erwünscht erscheinen lassen. Eine Hinausschiebung des Entlassungstermins über diesen Zeitpunkt sei dagegen keineswegs zulässig. Dadurch werde jedoch, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, das Recht der Schulaufsichtsbehörde, eine verheiratete Lehrerin weiterhin nach Maßgabe des Erlasses vom 8. November 1907 mit der Verwaltung einer Schulfeste zu beauftragen, nicht beschränkt.

In Sachen der Versorgung unserer Stadt mit Elektrizität sind die Verhandlungen zwischen dem Elektrizitätswerk Dortmund und der Stadt Kamen soweit geblieben, daß sich die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung mit der Genehmigung des Vertrages zu beschäftigen haben werden. Die Preise sind dem Vernehmen nach auf 8 Pfg. für Kraft und 12 Pfg. für Licht für die Kilowattstunde festgelegt.

(Zur Reichstagswahl.) Auf Grund eines Abstimmens zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen hat die Fortschrittliche Volkspartei für die nächste Reichstagswahl in unserer Wahlkreise den Kandidaten zu stellen. Dieses Zugeständnis ist eine Gegenleistung für die tatkräftige Wahlhilfe, welche die Freisinnigen den Nationalliberalen bei den letzten Reichs- und Landtagswahlen geleistet haben. Am kommenden Sonntag, den 15. d. M., nachm. 4 Uhr, findet in Unna im Lokale des Herrn Risse eine Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei des Wahlkreises Hamm-Sohl statt, in welcher der Kandidat aufgestellt werden soll. Zu dieser Versammlung werden die Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei auch hierdurch eingeladen.

Infolge neuer Ministerial-Vorschrift ist erforderlich, daß die Arbeiterlegitimationskarten der ausländischen Arbeiter bis spätestens zum 31. Januar d. J. umgewandelt werden. Bei späteren Anträgen auf Umtausch werden wieder die vollen Gebühren für die Karten erhoben. Zur Vermeidung unnötiger Kosten seien die ausländischen Arbeiter hierauf aufmerksam gemacht.

Die drei in der Lohnfrage zusammengehenden Arbeitgeberverbände haben für den kommenden Sonntag wieder etwa hiefige Delegationsversammlungen für die Begegnung der Delegierten einberufen.

Court, 11. Jan. Die landespolizeiliche Abnahme der neu erbauten Unterführung der Kreisstraße unter der Köln-Mindener Bahn am Bahnhof Court, fand Dienstag statt.

Dortmund, 10. Jan. (Verhiebenes.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den Arzt Dr. Grüne aus Königsborn wegen Verleumdung der früher bei ihm beschäftigt gewesenem Verkäuferin Frau Zimmermann zu 300 M. Geldstrafe. Frau Zimmermann, die vom Schöffengericht in Unna wegen Verleumdung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt worden war, wurde kostenlos freigesprochen.

(Schwurgericht.) Die erste Verhandlung richtete sich gegen den Arbeiter Franz Sasse und Georg Reß aus Dortmund. Die Anklage lautete auf Diebstahl und Raub. Der erste Angeklagte ist am 11. Oktober 1886, der zweite am 8. Juli 1893 geboren. Letzterer ist also noch minderjährig, aber es mußte gegen ihn vor dem Schwurgericht verhandelt werden, weil beide Angeklagten gemeinschaftlich handelten, so daß die Sache sich nicht trennen ließ. Sein Bruder, der Arbeiter Fritz Reß, der Haupttäter, hat sich, nachdem er ein Gefändnis abgelegt, in seiner Zelle erhängt, und so der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Der Tatbestand ist kurz folgender: Am 1. November v. J. gingen die drei Genannten in der Richtung zur Arndstraße, wo sich Georg Reß von ihnen trennte, während die beiden anderen dem Rutscher Vorhagen von der Firma Hansen auflauerten, von dem Fritz Reß, der bei dieser Firma tätig war, wußte, daß er, der Rutscher, Geld in der Umhängetasche hatte und Wäsche in der Arndstraße abholen mußte. Sie fuhren auch den Mann ab, als er mit einem großen Bündel Wäsche aus einem Hause kam. Fritz Reß schlug ihn mit dem Meißelinstrument vor die Beine und entriß ihm, während Sasse den Mann an der Gurgel festhielt, die Geldtasche, die etwa 46 M. enthielt, um damit das Weite zu suchen. Fritz Reß wurde sofort gefaßt, während seine Komplizen vorläufig entkamen. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß Fritz Reß schon vorher zwei Raubanfälle geplant, die aber nicht zur Ausführung kamen. Die Herren Geschworenen fanden beide Angeklagten schuldig im Sinne der Anklage, also den Reß auch der Beihilfe zum versuchten Raub. Der Vertreter der Anklage, Herr Staatsanwalt Fuhrmann, beantragte hierauf gegen Sasse 3 Jahre 2 Wochen Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den minderjährigen Reß 1 Jahr 6 Monate und 1 Woche Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Iserlohn, 11. Jan. (Unfälle beim Rodeln.) Auf der auf städtischen Grund und Boden liegenden Rodelbahn haben sich schwere Unfälle zugegetragen. Der Sohn des Bäckereivorgers Röllmann, 18 Jahre alt, der aus Berlin auf Besuch bei seinen Eltern weilte, zog sich dort schwere innere Verletzungen zu, daß er bereits daran gestorben ist. Einem anderen jungen Manne wurde der Fuß aufgeschliffen und der Schädel verletzt. Außerdem kamen noch mehrere kleinere Unfälle vor.

Baderborn, 10. Jan. (Eisenbahnunfall.) Auf dem Bahnhof Ottbergen fuhr ein Bedarfs-güterzug in ein mit ungefähr 20 Wagen beladetes Gleis. 16 Güterwagen entgleisten teilweise und wurden stark beschädigt. Ein Hilfslokomotive des Güterzuges wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Wettwig, 10. Jan. (Ueberfahren.) Auf der von hier abgehenden Strecke Altena-Werbold wurde ein Schaffner, der von einem Personenzug abgehängt war und befinnungslos auf dem Gleise

lag, von einem Zuge überfahren und getötet.

Linden a. d. Ruhr, 11. Jan. (Das Drama im Schöße der Erde.) Am 29. Dezember v. J. waren die oberirdisch beschäftigten Arbeiter des Metterschächtes „Friedrichs Nachbar“ nicht wenig bestürzt, als in der Mittagsstunde der jugendliche Arbeiter Jozony auf einem Förderwagen tot zu Tage gefördert wurde. Das Gesicht war furchtbar entstellt durch klaffende Wunden, die von einem Fall herrühren, aber auch von dritter Seite mit Gewalt beigebracht sein konnten. Die Bergbehörde nahm das erste an. Inzwischen scheint sich diese Ansicht aber geändert zu haben; denn heute wurde der aus Oberschießen stammende 19 Jahre alte Georg Reimann polizeilich festgenommen und dem Gerichte in Sattlingen vorgeführt, und zwar unter dem dringenden Verdachte, den Jozony erschlagen und auf den Wagen gelegt zu haben. Reimann war der einzige, der mit dem Toten zusammen arbeitete, seit dem Tode Jozony nicht mehr zu bewegen, in die Tiefe zu fahren, er wurde daher oberirdisch beschäftigt. Die Wetterlampe des Toten ist verschunden.

Essen, 10. Jan. (Ein Mordakt ereignete sich mehrere schwere Unglücksfälle. Der Schlosser Rothewiler brach die Wirtshaus- und erlitt einen Schädelbruch. Er verstarb. Ein anderer junger Mann brach beide Beine. Außerdem wurden mehrere Personen teils leicht, teils schwer verletzt.

Essen, 11. Jan. (Brand auf Beche „Königin Elisabeth.“) Gestern nachmittags gegen 3 Uhr brach im Schachtsturm des Schächtes „Wilhelm“ der Gewerkschaft „Königin Elisabeth“ Feuer aus. Die Flammen ergriffen bald das ganze Innere des aus massivem Ziegelsteinmauerwerk bestehenden Förderturmes, und kurze Zeit nachher schon loderte eine mächtige Flamme zum Dache hinaus. Die Feuer städtische Berufsfeuerwehr und die Grubenbesetzer waren in kurzer Zeit zur Stelle. Die Offener Wehr rückte mit zwei Automobillöschein an, und die Dampfpritze trat sofort in Tätigkeit. Das Innere des Schachtsturmes ist vollständig ausgebrannt. Von der Belegschaft ist niemand zu Schaden gekommen. Die 300 Bergleute der Mittagschicht, die sich beim Ausbruch des Brandes in der Grube befanden, sind sämtlich auf Schacht „Sübert“ ausgefahren. Wie die Beche mittelst, ist die Ursache des Brandes nicht bekannt. Die Förderung auf Schacht „Wilhelm“ wird wohl einige Zeit ruhen. Die Belegschaft des Schächtes „Wilhelm“ wird bis zur Wiederherstellung der Förderung auf den beiden Schächten „Joachim“ und „Sübert“ derselben Gewerkschaft untergebracht werden.

Essen, 11. Jan. (Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich Montag-Nacht in einem Hause der Kornellstraße. Infolge des herrschenden starken Regens konnten die Kohlengasse nicht aus dem Schornstein entweichen. Sie sammelten sich in einem Zimmer und betäubten einen jungen Mann und dessen Mutter. Der junge Mann litt an Vergiftung und erlag. Die Mutter hofft man am Leben zu erhalten.

Reinhold, 10. Jan. (Ehrendenke für Kriegsveteranen.) In der nicht öffentlichen Stadterordnetenversammlung ist beschlossen worden, den 95 Kriegsveteranen der Stadtgemeinde aus Anlaß der 40jährigen Wiederkehr der Errichtung des Deutschen Reiches eine Ehrendenke von je 20 Mark ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeitsfrage zu gewähren. Den bedürftigen Kriegsteilnehmern wird aus privaten Mitteln eine besondere Unterstützung zuteil werden.

Wülfrath, 11. Jan. (Italienische Missetaten.) Bei einem Streite, der zwischen Italienern ausgebrochen war, erschlug ein 19 Jahre alter einarmiger Italiener seinen 25 Jahre alten Landsmann Luigi Salvador mit einem feststehenden Dolchmesser. Ein anderer Italiener, der dem Täter das Messer entreißen wollte, wurde von dessen Bruder angefallen und so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Oberhausen, 10. Jan. (Von Messerhelden überfallen.) Ein dienstfreier Schutzmann war in Uniform und Wäsche in einer Wirtschaft in der Wülfratherstraße. Er kam dort mit einigen Gästen Streit. Als er nachts gegen 1 Uhr das Lokal verließ, wurde er verfolgt und umzingelt. Man brachte ihm 7 Messerstücke in Brust und Rücken bei. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Täter sind ermittelt.

Hamborn, 10. Jan. (Gerüchtfestung.) Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, Abteilerung Sothofen in Buchhausen, stürzte ein 12 Meter hohes Gerüst ein. Fünf Arbeiter, die auf diesem beschäftigt waren, stürzten in die Tiefe. Während zwei Arbeiter schwere Verletzungen davontrugen, erlitten die drei anderen leichtere Verletzungen. Die Schwerverletzten fanden Aufnahme im Bader Krankenhaus.

Duisburg, 10. Jan. (Schrecklicher Unglücksfall.) Auf der Kupferstraße in Sothofen verunglückte der 28jährige verheiratete Eisentücker Wilhelm Petermann aus der Antonienstraße tödlich. Er war damit beschäftigt, flüssiges Natrium mit Wasser abzukühlen, als er dabei giftige Dampfgase ein- und stürzte ohnmächtig in das glühende Eisen.

Duisburg, 10. Jan. (Erhängt hat sich im hiesigen Gerichtsfängnis der 57jährige Schneider Maeder, der wegen Betrugs zu 6 Wochen Haft verurteilt worden und dann der Landespolizei überwiesen worden sollte. Die Bestrafung hatte der Mann sich so zu Herzen genommen, daß er freiwillig aus dem Leben schied.

Düsseldorf, 10. Jan. (Verachtete Brügel.) Erhebliche Verletzungen, die der Schneider Karl B. von dem Sohne eines Gastwirts in Oberkassel am 18. Oktober 1908 vor dessen Wirtschaft erhalten hat, kommen dem Täter teuer zu stehen. Der Schneider erhielt eine klaffende Wunde am Kopfe und eine Muskelverletzung am rechten Arm. Er wurde daher längere Zeit ärztlich behandelt und ist heute noch nicht gänzlich wieder hergestellt. Es ist jedenfalls gerichtlich festgestellt, daß der verletzte Arm nach längerer Arbeit leicht ermüdet. Der Gemüthshebel strengte nun gegen den Gastwirtssohn eine Entschädigungsklage an, in der er nicht nur die für einen Gefallen, während er nicht selbst arbeiten konnte, nötig gewesenem Unkosten und die Bezahlung der ärztlichen Rechnung ersetzt verlangte,

sondern auch eine jährliche Rente von 700 Mk. und ein Schmerzensgeld in Höhe von 400 Mk. Das Düsseldorf-Landgericht hat den Beklagten zum Ersatz des aus der Mißhandlung entstandenen und noch entstehenden Schadens für verpflichtet erachtet und den Anspruch des Klägers gemäß Paragraph 304 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte Berufung eingelegt, indem er bestritt, daß ein Zusammenhang zwischen der Mißhandlung und den jetzigen Beschwerden des Klägers bestehe. Die Berufung wird jedoch vom Düsseldorf-Oberlandesgericht zurückgewiesen, da der vom Kläger behauptete Schaden tatsächlich entstanden und auf das Verschulden des Beklagten zurückzuführen sei. Der Einwand des Beklagten, daß die Schwächung des Armes des Klägers nicht durch die Mißhandlung des Beklagten verursacht worden sei, sei daher unbeachtlich. Auch dem Betrage nach sei der vom Kläger geltend gemachte Anspruch gerechtfertigt, abgesehen von der Rente, deren Höhe noch festzusetzen sei. Das zugewilligte Schmerzensgeld hält das Berufungsgericht jedenfalls für durchaus angemessen. Nur die Höhe der Rente ist also noch von der Vorinstanz festzusetzen. Heute, die sofort bereit sind, rüchschloslos auszufliegen, sollen sich dieses Urteil zur Warnung dienen lassen.

Düsseldorf, 10. Jan. (Wegen Vergehens gegen § 176 des R.-Str.-G.) wurde der wegen gleicher Vergehen mehrfach vorbestrafte Jakob Mantel zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Düsseldorf, 10. Jan. (Drei Räufere von dem hiesigen Infanterieregiment Nr. 39 gaten sich am 13. Dezember auf dem Wege zum Schießstande der Gedorfsamerweigerung vor versammelter Mannschaft schuldig gemacht. Das Kriegsgericht verurteilte den Füsiliere Heinrich Dreien zu 6 Monaten, die Füsiliere Paul Sorg und Heinrich Winkler zu je 6 Wochen und 1 Tag Gefängnis.

Altn, 10. Jan. (Ein Raubüberfall wurde auf einen Lehrer in der Nacht auf dem Wege von Rodenkirchen nach Marienburg verübt. Der Lehrer wurde auf der Landstraße von einem aus dem Berdick hervortretenden Menschen angehalten, zu Boden geworfen und unter Drohung zur Herausgabe seiner Brieftasche, sowie Uhr und Kette gezwungen.

Altn, 10. Jan. (Der Haupttäter im Deuser Kriminalfall, der Handlanger Joh. Düssel, der bekanntlich den Tod des Schutzmannes Kassel herbeiführte, wurde in Lügernburg vom Richter Kriminalkommissar Hannemann wieder verhaftet. D. hatte sich bisher seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen gehabt.

Altn, 11. Jan. (Golgenschwerer Verbrechen.) Im benachbarten Baierbroich legte ein Steinbruchbesitzer namens W. B. auf eine gefrorene Dynamitpatrone auf den D. bedeckel, damit sie aufstehe. Die Patrone explodierte und tötete den Steinbruchbesitzer den Arm ab. Außerdem erlitt der Mann noch andere schwere Verletzungen, die seinen Tod herbeiführten. Der ermordete Sohn, der Brämann ist, und ich auch in dem Zimmer befand, kam mit leichten Verletzungen davon.

Altn, 11. Jan. (Große Unterhaltungen sind bei der Köhler Ostfriesland für Handwerker vorgekommen. Die Verurteilungen liegen viele Jahre zurück und konnten nicht aufgehoben werden, weil Kaffierer und Buchhalter Hand in Hand arbeiteten. Die Verurteilungen sind schon 24 und 16 Jahre in Diensten der Kasse Sie wurden sofort entlassen.

Dorn, 10. Jan. (Ein erschreckendes Urteil.) Das Dienstmadchen eines Metzgermeisters wurde von mehreren benachbarten Knaben öfters gehänselt. Sie bewarfen die frisch gepulsten Leinwandstücke mit Schmutz, und warfen auch Schmutz in den Laden. Als das Mädchen die Jungen zur Rede stellte, wurde es nicht allein von ihnen beschimpft, sondern einer von ihnen warf sogar mit einem großen Stein und traf das Mädchen. In seinem Zorn erschlug das Dienstmadchen mit einem Messer auf einen der Knaben ein. Das Mädchen hatte sich auf die unvernünftige Anschuldigung der Eltern ihrer Büschchen wegen Mißhandlung der Knaben vor Gericht zu verantworten. Dieses nahm Not wahr auf, die Angeklagte sei über die Grenzen innerhalb deren sie sich gegen die Ungehörigkeiten wehren durfte, nicht hinausgegangen; es erfolgte Freisprechung.

Frankfurt (Main), 11. Jan. (Millionen-Stiftung.) Der kürzlich in Mittenberg verlebene Kommerzienrat C. Winterfeld vermachte der Stadt Mittenberg 1 000 000 Mk. für ein Volkshaus, 100 000 Mk. für eine Handelschule, 100 000 Mk. für den Ankauf von Waldungen, 100 000 Mark für die Herstellung altertümlicher Gebäude und 100 000 Mk. für wohlthätige Zwecke.

Strasbourg i. E., 10. Jan. (Polizeibund und anonyme Briefe.) Die Tätigkeit der Polizeibund greift auf immer weitere Gebiete über. Im benachbarten Deutsch-Abrecht hat sich ein solcher Briefschreiber sogar als Entdecker von anonymen Briefschreibern berühmt gemacht, wie aus einer Verhandlung vor dem dortigen Schöffengericht zu erhellen war. Vor diesem hatte sich die Frau des Agenten Zimmermann wegen ehrenrühriger Verleumdung des Amtsgerichtsrats Conze zu verantworten, mit dessen Ehefrau sie in freundschaftlichem Verkehr stand. Trotzdem überschüttete sie den Mann mit einer Flut niedrigerer anonymer Schmähbriefe. Als man des Briefschreibers mit den gewöhnlichen Mitteln nicht habhaft werden konnte, verfiel man auf den Gedanken, einem Polizeibunde Mitteilung von den Briefen zu geben. Der Hund nahm sofort die Spur auf und stellte als Täterin die Angeklagte, die in der Verhandlung auch durch die Sachverständigen nachträglich überführt wurde. Das Urteil lautete auf zehn Tage Gefängnis.

Das Eisenbahn-Unglück bei Alt-Sirabla.

Ueber den von uns gemeldeten Zugunfall menschlich am Sonnabend liegt jetzt folgende amtliche Meldung vor: Am Sonnabend fuhr der Vollzugszug A. 7 irrtümlicherweise bei Sirablaun ummeltung anstatt nach dem Vollzug auf dem Sibirienzug nach der Stadt. Der Lokomotivführer merkte erst den Irrtum, als er an dem Blocksignale mit der ganzen Zuglänge vorbeifuhr, den war. Um in den richtigen Fahrweg zu gelangen, brach er 450 Meter über zurück. Inzwischen folgten dem Zug die Blockstrecke dräbenden Zug zusammenstoß und die Stimmungs gedrückt. Von sechsten Zug gemeldet.

Ein Fahrstöß wie folgt menschliches hörte Klirren zerbrach der Berührung übrigen Passagiere war in den B.

baß sie sich zwischen war worden, wenig auf der Unfall Rettungsarbeiten erschwerte nat konnten nur Mit Ärgern Weg durch die letzten heraus.

Der Bürger

In dem städter Ort G. Solarbeitermeister der meiste der und den Bürger, beteiligt follegen stand Bürgermeister die Landratsrat belegte die Strafe, da ordnungswidrig Pflichtverletzung Der Betro Beschwerde jedem Staatsübung des unwidrigt ober um so mehr, ringte Kuchelministerium hat zu rüdgeworfen sich, sowie die der Gewerbestellung günstige darstellte, eine Streikposten die Arbeitswo Rechts auf An gemeister aus ungewidrigkeit ebenfalls darge lizeibehörde ist stehen nicht auf die Gefähr unter Umständen getreten werden Urteile aus Der also abge die Entscheidung tag anrufen.

Die

„G. 170“ für die Silberrand Bemühungen, seiner Zusage gebühren.

— Angli an.“ Die Kien des Englands siegelte Reich folgendem Zug gegeben. 12. Es handelt sich einer Kohlenla den Säfen hat man keine erhalten, auch fassung der

— Unter der englische melbet: Die Lampers „G.“ „G.“ auf die „Havel“, nach Stodton Lampier aus bohrt und eing

— In ruffischer, Altenburg im am nächsten Tag im Bezirk Melreis gemeldet, Tage lang fest harmlose Mitter tömieren komm Altenburg ein Gelübisse berich schloß befand schaft für an Sie waren in ihnen nur eine fassung fanden strenge. Sobald folgten ihnen Landkarten und die von einem liche Statuette, daß sie sich reichliche Spenden von einem pol verschaffen, wenn sie sich wandten sich ihren Konjuz in Leipzig und

von 700 MZ.
von 400 MZ.
den Befragten
nolung enthan-
adens für ver-
ch des Klägers
gerlichen Ge-
gerechtfertigt er-
e der Befragte
tritt, daß ein
ndlung und den
eftehe. Die Be-
er Oberlandes-
m Kläger be-
und auf
rückzuführen sei.
die Schwächung
die Mißhand-
den sei, die da-
age nach sei der
pruch gerechtf-
eren Höhe noch
Schmerzensgeld
für durchaus
rente ist also
en. Heute, die
aufschlagen, sollen
ien lassen.
gen Vergeltens
wurde der wegen
achte Jakob Man-
gnis verurteilt.
Drei Jüdische
ent Nr. 39 gah-
wege zum Schick-
igerung vor
t schuldig ge-
n, die Jüdische
nberg zu je 6
gnis.
überfall wurde
auf dem Wege
ra verurteilt. Der
von einem aus-
enischen angehal-
tenen Drogung zur
je Uhr und Kette
Haupttäter im
Joh. Düssel, der
nes Kassel herbei-
des Röhler Krimi-
er verhaftet.
astung durch die
Schwerer Leicht-
schraub legte ein
hagen eine ge-
auf den Dien-
die Patrone explo-
besitzer den Arm
schuß andere schwere
erbeizuführen. Der
ist, und sich auch
leichteren Ver-
Unterfuchlagun-
strantenasse für
Veruntreuung
unten nicht auf-
und Buchhalter
e Beamten sind
iensten der Kasse
enliches Urteil.
meisters wurde von
des gehandelt. Sie
Ladenfenster mit
in den Laden.
zur Rede stellte,
n beschimpft, son-
mit einem großen
In seinem Aeger
nem Beispiet auf
Näbchen hatte sich
igung der Eltern
dung der Knaben
Dieses nahm Not
über die Grenzen
die Ungezogenheit
angen; es erfolgte
an. Millionen
altenberg verstorben
ermachte der
000 MZ. für ein
für eine Handels-
Antauf von Wal-
Herstellung alter-
00 MZ. für wohl-
n. (Polizeihund
Tätigkeit der Poli-
itere Gebiete über-
icourt hat sich ein
ntbeder von aus-
gemacht, wo aus-
igen Schöffengericht
hatte sich die Frau
n ehrenrühriger Be-
s Contesse zu ver-
in freundschaft-
überschüttete sie den
anonymer Schmah-
reibers mit den ge-
haft werden konnte,
einem Polizeihunde
geben. Der Hund
stellte als Täterin
handlung auch durch
berührt wurde. Das
Gefängnis.
nglück
it-Strablaun.
medeten Zugsum-
jetzt folgende am-
abend fuhr der Pol-
reife bei Strablaun
n Vollkraft auf dem
st. Der Lokomotiv-
st, als er an dem
uglänge vorbeifah-
gen Fabrike zu ge-

langen, drückte der Lokomotivführer den Zug etwa 450 Meter über das seinen Zug bedeckende Blocksignal zurück. Inzwischen war ordnungsgemäß dem nachfolgenden Südringzug 2122 Einfahrtserlaubnis in die Blockstrecke gegeben, der nun auf den zurückdrückenden Zug A. 7 aufzufuhr. Infolge des Zusammenstoßes entgleisten fünf Wagen beider Züge und die Stirnwände einzelner Wagen wurden ein-gebrückt. Von den Reisenden der beiden stark be-geetzten Züge haben sich 35 Personen als verletzt gemeldet.

Ein Fahrteilnehmer schildert den Zusammenstoß wie folgt: Im ersten Augenblick des Zusammenstoßes hörte man lautes Brechen der Holzteile, Klirren zerplitternden Glases und das Geschrei der Verunglückten sowie die ängstlichen Rufe der übrigen Passagiere. Eine ganze Anzahl Fahrgäste war

in den Abteilen derart eingeklemmt, daß sie sich nicht allein befreien konnten. Inzwischen war die Stralauer Feuerwehr alarmiert worden, wenige Minuten später war sie bereits auf der Unfallstelle und begann sofort mit den Rettungsarbeiten. Der fast undurchdringliche Nebel erschwerte naturgemäß diese. Die Mannschaften konnten nur mit brennenden Fackeln vorgehen. Mit Netzen und Seilen bahnten sie sich ihren Weg durch die Holzstrümmen und holten die Ver-letzten heraus.

Der Bürgermeister auf Streikposten.

In dem industriellen Schwarzburg-Rudol-sstädter Ort Glasbach brach vor einiger Zeit ein Holzarbeiterstreik aus, an dem auch der Bürger-meister des Ortes, der Holzarbeiter ist und den Bürgermeisterposten im Nebenamt ver-sieht, betätigt war. Wie seine anderen Berufs-kollegen stand im Verlaufe des Streiks auch der Bürgermeister Streikposten. Das ausläu-dige Landratsamt erfuhr hiervon, und der Land-rat beauftragte den Bürgermeister mit 20 Mark Strafe, da dieser durch das Streikpostentehen ordnungswidrig gehandelt und sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht habe.

Der Beauftragte erhob aber beim Ministerium Beschwerde, in der er anführte, daß in der jedem Staatsbürger gesetzlich gewährleisteten Aus-übung des Streikpostentehens keine Ordnungs-widrigkeit oder Pflichtverletzung zu erblicken sei, um so mehr, als bei dem Streik nicht die ge-ringste Aufhebung vorgekommen sei. Das Mi-nisterium hat jetzt die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. Das Streikpostentehen sei an sich, soweit es sich als ein im Rahmen des §152 der Gewerbeordnung angeordnetes Mittel zur Er-zielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen darstelle, keine strafbare Handlung. Da aber das Streikpostentehen in der Regel den Zweck habe, die Arbeitsverhältnisse an der Ausübung ihres Rechts auf Arbeit zu schätzen, stelle das vom Bür-germeister ausgeübte Streikpostentehen eine Or-dnungswidrigkeit dar. Die Pflichtverletzung sei ebenfalls dargetan. „Mit den Pflichten der Po-lizeibehörde ist eine Beteiligung am Streikposten-stehen nicht vereinbar, weil diesem mit Mächtigkeit auf die Befehlsbefugnisse, welche damit verbunden sind, unter Umständen mit Polizeimachtregeln entgegen-getreten werden muß, wie dies durch gerichtliche Urteile auch ausdrücklich anerkannt worden ist.“ Der also abgewiesene Bürgermeister will nun gegen die Entscheidung des Ministeriums den Land-rat anrufen.

Aus aller Welt.

— Die Torpedoboote „S. 164“ und „S. 170“ sind von der Suche nach dem Ballon „Silberbrand“ nach Kiel zurückgekehrt. Die Bemühungen, irgend eine Spur des Ballons oder seiner Insassen zu finden, sind leider erfolglos geblieben.

— Unglücksbotschaft vom Dampfer „Ber-lin“. Die Küstenwache von Sunderland im Nor-den Englands fischte in der Rotenbucht eine ver-siegelte Flasche auf, in der sich ein Zettel mit folgendem Inhalt befand: „Alle Hoffnung auf-gegeben. 12. November 1910. Kapitän Schmidt.“ Es handelt sich hier offenbar um den deutschen Dampfer „Berlin“, der am 10. November mit einer Kohlenladung, die für Sietin bestimmt war, den Hafen von Sunderland verließ. Seitdem hat man keine Nachricht mehr von der „Berlin“ erhalten, auch sind bisher keine Leichen der Be-satzung der „Berlin“ angeschwemmt worden.

— Untergang eines deutschen Schiffes an der englischen Küste. Aus Grimsby wird ge-meldet: Die gesamte Besatzung des deutschen Dampfers „Dabel“, wurde von dem Fischdampfer „Croton“ aufgefunden und in Grimsby gelandet. Die „Dabel“, die mit Eisenern von Santander nach Stockton auf Tees ging, wurde von einem Dampfer aus West Hartlepool in den Grund ge-bohrt und ging sehr bald nach der Kollision unter.

— In russischer Gefangenschaft. Die vier Luftschiffer, die am Freitag voriger Woche von Altenburg im Ballon „Altensburg“ aufstiegen und am nächsten Morgen jenseits der deutschen Grenze im Bezirk Warschau landeten, sind dort, wie be-reits gemeldet, sofort in Haft genommen und zwei Tage lang festgehalten worden, obwohl sie sich als harmlose Mitglieder eines Luftschiffervereins legiti-mieren konnten. Sie sind schließlich wieder in Altensburg eingetroffen und haben hier über ihre Erlebnisse berichtet. Danach sind sie nicht gerade schlecht behandelt worden, doch war die Gefangen-schaft für sie auch nichts weniger als ein Vergnügen. Sie waren in einem Zimmer untergebracht, in dem ihnen nur ein Bett und eine Matratze zur Ver-fügung standen. Die Bewachung war eine äußerst strenge. Sobald sie einmal das Zimmer verlassen wollten, folgten ihnen drei Bewachter. Alles, was sie an Landkarten und Instrumenten bei sich hatten, auch die von einem Altensburger Landeskinder unzertrenn-liehe Statuette, war ihnen abgenommen worden, so daß sie sich sträflich langweilten. Wegen einer reichlichen Spende gelang es ihnen schließlich, sich von einem polnischen Händler eine neue Karte zu verschaffen, mit der sie sich die Zeit vertreiben, wenn sie sich unbeschäftigt wählten. Die Luftschiffer wandten sich alsbald telegraphisch an den deut-schen Konsul in Warschau, den russischen Konsul in Leipzig und den Großfürsten Konstantinowitsch,

der eine Altensburger Prinzessin zur Frau hat. Diesem ist wohl die verhältnismäßig schnelle Haft-entlassung zu verdanken. Für jeden Tag der Haft sind den deutschen Herren drei Mark pro Person angerechnet worden, die sie am Ende ihrer Gefangenschaft, trotz der mangelhaften Verpfle-gung, mit größerem Vergnügen bezahlten als eine Rechnung in einem guten deutschen Hotel.

— Verkauf der Wulstide durch Berlin. Der Berliner Magistrat hat beschloffen, die Wulst-ide bei Berlin zum Preise von 29 Millionen Mark anzulaufen.

— Wegen einer Neujahrskarte wahn-sinnig geworden. Von einem tragischen Ge-schick ist ein in Charlottenburg wohnhafter 22-jähriger Buchhalter betroffen worden. Der junge Mann, der in einem größeren Berliner Geschäft eine Vertrauensstellung bekleidete, erhielt am Morgen des Neujahrstages eine offene „Schmerzliste“, über die er in hochgradige Erregung geriet. Tag und Nacht dachte er darüber nach, wor wohl der Ab-sender sein könne. Seine Aufregung steigerte sich dabei immer mehr. Als er sich am Mittwoch abend mit mehreren Bekannten in der Wohnung eines Freundes befand und das Gespräch auf die Karte kam, erlitt der junge Mann plötzlich einen Lustmüßigkeit und konnte nur mit großer Mühe überwältigt werden. Er wurde nach seiner Woh-nung gebracht, wo sich sein Zustand sehr ver-schlechterte. Zwei hinzugerufene Ärzte stellten bei dem Beobachtungen fest und veran-lagten seine Überführung nach einer Heilanstalt.

— Eine Familientragödie hat sich in der Wohnung einer Frau Alwine Kämpfe in Dresden zugegetragen. Frau Kämpfe wohnte seit neun Jah-ren von ihrem Mann getrennt und hatte mit dem Mann ein Verhältnis angeknüpft. Unterdessen hatte sich der Mann mit ihr wie-der ausgeglichen, doch wollte sie auch von ihrem Geliebten nicht lassen. Bei Frau Kämpfe wohnte ihr 15 Jahre alter Sohn, der Väterlehrer Arnno Kämpfe. Dienstag früh nun erschloß der 50 Jahre alte Mann seinen im Bett liegenden Sohn Arnno und tötete ihn dann selbst durch einen Schuß in das Herz. Die Tat beging der Mann aus Eifersucht.

— Ein Töblicher im Automobil. Ein in Eisenach anfangiger Kapitän a. D. sollte infolge hochgradiger Geisteskrankheit in die Psychiatrische Klinik nach Jena übergeführt werden. Um jede Aufregung von dem Kranken fernzuhalten, wurde zur Überführung nach der genannten Anstalt ein Automobil benutzt und dem Kapitän mitgeteilt, daß man in Gesellschaft einiger befreundeter Her-ren mit ihm eine Spazierfahrt unternehmen wolle. Kurz vor Gotha verfiel der Kranke plötzlich wie-derrum in Töblichkeit. Der Zustand verschlim-merte sich, als das Automobil am Spital ab auf dem Hauptmarkt in Gotha vor dem „Ratskeller“ kurz anhielt. Der Kranke geriet in Wut und unter fortwährendem Rufen der Fenster des Autos, so daß schließlich die Polizei zur Hilfe gerufen werden mußte. Der Töbliche wurde zunächst in das Landkrankenhaus geführt; doch konnte man dort den Kranken in diesem Stadium nicht aufnehmen. Die Fahrt wurde daher nach Jena fortgesetzt. Inzwischen hatte der Kranke die Fes-seln gesprengt und sich seine Kleider vom Leibe gerissen. Fast nackt kam er in Jena an. Seine Begleiter, darunter drei Gothaer Polizei-beamte, hatten auf der Fahrt nach Jena einen förmlichen Kampf mit dem Töblichen auszu-kehen.

— Ein Benediktinerkloster in Nürnberg. In dem altberühmten Nürnberg hat der bekannte bayerische Reichsrat Freiherr von Cramer-Klett das Terrain für ein Benediktinerkloster zu Ver-fügung gestellt. Die Sache macht viel Aufsehen, weil Nürnberg vorwiegend protestantisch ist. Frei-herr von Cramer-Klett hat, obwohl Protestant, vielfach bayerischen Klöstern Zuwendungen ge-macht, besonders dem Kloster Ettal.

— Der verkaufte Kopf. Im Jüdischen wurde ein Mann namens Kiefer ohne Kopf begraben. Kiefer hatte seinen abnorm gro-ßen Kopf bei Lebzeiten einem Gelehrten für 1500 Kr. verkauft, und dieser Handel ist jetzt beim Tode des Mannes, verfehlt geworden.

— Die drei Räuber, welche am Dienstag voriger Woche den Ortspolizisten von Döbich er-mordet und beraubt haben, sind der Tat über-führt und in Bader, wo sie im Kofenbergerwerk beschäftigt waren, verhaftet worden. Der Ober-keiser ließ die Banditen festnehmen, als sie Aus-weispapiere verlangten, um angeblich in ihre russische Heimat abzuwandern. Ein an dem Stachelbratzen der Partei hängengebliebener Stoffrest passte genau in das beschädigte Kleidungs-stück eines der Täter.

— Ein Brandstifter beunruhigt in den letzten Monaten die Giddöber. Samstag früh er-folgte die 22. Brandstiftung. Das ganze Gewebe des Landmanns Ramde in Süldorf ging in Flam-men auf. Der Brandstifter konnte noch nicht er-mittelt werden.

— 20.000 Mark geraubt. In der Steuer-kasse in Tiedenhofen wurde von unbekannten Dieben ein Einbruch verübt, bei dem den Tätern 20.000 Mark in die Hände fielen.

— Erdbebenverzeichniss. Der Seismog-raph der Erdbebenwarte in Heidelberg verzeich-nete Samstag ein ziemlich starkes Erdbeben, das kurz vor 1/4 Uhr früh eintrug. Das Minimum wurde um 4 Uhr 10 Min., das Maximum um 4 Uhr 21 Min. registriert. — Auch in Grenoble ist um dieselbe Zeit ein ziemlich heftiges Er-beben verspürt worden. Die Erderschütterung ist ebenfalls in Algier, besonders in Aumale verspürt worden.

— Schiffskatastrophe. Ein Schreiben des Kapitäns Jakobson vom Hensburger Dampfer „Urus“ aus Italien an die Reederei Böge & Döbert berichtet, daß die Befahrung in der Nacht zum 22. Dezember Augenszeuge einer Kata-strophe war. Sie sah einen neuen Dampfer in der Größe von etwa 4000 Tonnen mit brennen-der Ladung, aber anscheinend ohne Befahrung, in etwa 47 Grad 19 Minuten nördlicher Breite und 6 Grad 18 Minuten westlicher Länge treiben und beim Näherkommen in die Tiefe versinken. Der Dampfer „Urus“ blieb bis Tagesanbruch an der Unfallstelle, doch wurden weder Boot noch Men-schen gesichtet. Auch der Name des Dampfers konnte nicht festgestellt werden.

— Entgleisung eines Eisenbahnwagens mit Dynamit. Auf dem Südbahnhof in Inns-bruck entgleiste infolge unrichtiger Weichenstellung

sechs Wagen eines Güterzuges. Ein Wagen ent-hielt 300 Kilogramm Dynamit, das aber glück-licherweise nicht explodierte. Der Materialschaden ist bedeutend.

— Sieben Personen vergiftet. Die aus 7 Personen bestehende Familie des Aufsehers Re-zac in Pilsen, die ein gefundenes weißes Pulver irr-tümlich für Salz gehalten und damit die Spei-sen bestreut hatte, erkrankte unter akuten Ver-giftungserscheinungen. Es handelt sich wahrschein-lich um eine Arsenvergiftung. Mehrere Fa-milienmitglieder befinden sich in Lebensgefahr.

— Großes Brandunglück in Ungarn. Die beiden Großgemeinden Rusor und Balesz sind vollständig niedergebrannt. Mehrere Personen werden vermisst. Der Viehstand der beiden Ge-meinden ist gänzlich vernichtet worden.

— Eine verunglückte Probefahrt. Das eben vollendete Panzerschiff „Danton“, das das neue Dreabnoughtmodell der französischen Marine darstellt, ist bei seiner ersten Versuchsfahrt von einem Unfalle betroffen worden. Das Schiff, das sich im sogenannten Renseldhafen von Brest be-fand, lief bei der Fahrt aus dem Hafen auf eine schlammige Sandbank auf. Das Schiff legte sich sofort auf die Seite. Den ganzen Tag über wurde daran gearbeitet, das Schiff bei Eintritt der Flut wieder flott zu machen. Es erscheint sehr fraglich, ob es gelingen wird. Die Lage des Schiffes gilt als ziemlich ernst.

— Word wegen eines Terraintreits. Infolge von Differenzen, die seit längerer Zeit zwischen dem Millionär Mr. Neely und dem Kaufmann Truslett in einer kleinen Stadt in Can-sas herrschten, hat letzterer seinen Gegner durch einen Revolverkampf getötet. Neely war zu Trus-lett gekommen, um einen endgültigen Antwort wegen eines Petroleumstreits zu erhalten, über dessen sich die beiden seit längerer Zeit stritten.

— Eine fürchterliche Feuersbrunst zerstörte die große Fruchtgeleisefabrik von Marton in der West Ferry Road zu Millwall im Londoner Ostend. Das gesamte riesige Gebäude stand lichterloh in Flammen, ehe der Ausbruch bemerkt wurde. Der Brand hüllte das ganze Ostend und die Docks in roten Feuerflammen. Riesige Menschenmassen be-obachteten das unheimliche Schauspiel. Mehreren Brigaden Feuerwehr gelang es erst nach stunden-langen Kampf, das Feuer auf seinen Herd zu be-schränken. Zwei Feuerwehreinheiten wurden schwer verletzt; der Schaden beträgt viele hunderttausend Mark.

— Ein Dynamitattentat „wegen der hohen Fleischpreise“ ist in Stanislaw in Galizien... gegen einen Fleischermeister verübt. In der Nacht fiel ein schwerer Gegenstand, eine Feuerscheibe erscheinend, in sein Schlafzim-mer. Der Fleischermeister stand auf und suchte mit einer brennenden Lampe nach dem Wur-fegestoffe, dabei kam er einer Fährdnur zu nahe, die an dem Gegenstand hing. Er hob das Wur-fegestoff auf, welches plötzlich mit einem furcht-baren Knall explodierte. Durch die Gewalt des Explosions wurde die halbe Wand eingerissen, dem Fleischermeister der rechte Arm und die linke Hand abgerissen und der Brustkorb eingedrückt. Wenige Stunden später starb er an den erlittenen schreck-lichen Verwundungen. Die Fleischermeister hatten in der Tat zahlreiche Drohbriefe erhalten, aber ob wirklich wegen der Fleischpreise die Tat ver-übt ist, bleibt wohl noch festzustellen.

— Für den Baron v. Ungern-Sternberg, der wegen Landesverrats zu vier Jahren Zwangs-arbeit verurteilt wurde, ist ein Gnabengesuch ein-gereicht worden. Wie aus zuverlässiger Quelle ver-lautet, wird der russische Kriegsminister dies Ge-such wohlwollend betrachten.

— Explosion in einer Pulverfabrik. Durch eine Explosion ist eine Pulverfabrik bei der Ortschaft Son Martin (Argentinien) zerstört worden. 12 Leichen sind geborgen worden. Man be-fürchtet, daß noch mehrere Tote unter den Trümmern liegen.

— Brand einer Schwefelmine. Samstag nachmittags brach in einer Schwefelmine bei dem Ortchen Zufo (Italien) ein Brand aus. Sie-ben Arbeiter sind den giftigen Däm-pfen erlegen.

— Verhaftung einer Deutschen in Nizza. Die Kriminalpolizei in Nizza verhaftete eine Deut-sche, namens Vertha Finst-wald, die verschiedene Schmuckstücke gestohlen hat. Die Verhaftete soll aus angeheuerter Familie stammen.

— Verwegene Flucht aus dem Gefäng-nis. Dreizehn Verbrecher, unter ihnen zwei wegen Angriffs auf die früheren Präsidenten Quintana und Figueroa Morcia verurteilten Anarchisten, sind aus dem Gefängnis in Buenos Aires entwichen. Sie hatten sich unter den Mauern einen unter-irdischen Gang gegraben. Mehrere Mann von der Wache wurden unter dem Verdacht der Mitwisserschaft verhaftet.

— Neue Erdbeben in Zentralasien. Montag früh 9 Uhr ist in Wjorny eine 19 Se-kunden anhaltende starke wellenförmige Erder-schütterung beobachtet worden.

— Zusammenstoß in den Lüften. Auf dem Manöverfeld von Joffe-Moulinauz er-regnete sich ein heftiger Zusammenstoß zweier Aero-plane. Der Pilot der des italienischen Aviatikers Gei, der im Gleitflug landete, wurde von einem eben startenden Eindecker angerannt. Beide Appa-rate zerbrachen, doch erlitt von den Piloten nur Gei eine leichte Verletzung des Handgelenkes.

— Die beiden Mordbuhlen, die in Du-luth in Nordamerika mit vorgehaltenem Revolver einen Straßenbahnwagen beraubten und dabei einen Passagier erschossen, sind jetzt verhaftet. Man fand sie schlafend in einem zur Zeit unbewohnten Landhause.

Neueste Nachrichten Das Urteil im ersten Moabiter Krawallprozeß.

Im Moabiter Krawallprozeß vor der Straf-kammer wurde Mittwoch in später Nachmittags-stunde das Urteil verkündet. Das Gericht erkannte gegen den Ungarischen Tiedemann auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, davon werden 3 Monate als verübt angegeben, gegen Merten 6 Monate Gefängnis, davon 3 Monate verübt, Kaschiat

8 Monate Gefängnis, sechs Monate verübt, Fla-ster zwei Monate Gefängnis, 1 Monat verübt, Litwied 6 Monate Gefängnis, 10 Tage ver-übt, Meyer 9 Monate Gefängnis, 3 Monat verübt, Nörenberg 2 Monate Gefängnis, 14 Tage verübt, Muslewski 2 Monate Gefängnis, 1 Monat verübt, Rothe 5 Monate Gefängnis, verübt, Hermann Weiß 6 Monate Gefängnis, 2 Monate verübt, Wandi 9 Monate Gefängnis, 3 Monate verübt, Krämer 3 Monate Gefäng-nis, Frau Dominal 6 Wochen Gefängnis, 2 davon verübt, Freyer 6 Monate Gefängnis, Sagen 3 Monate Gefängnis, Strafe verübt, Bod 3 1/2 Jahr Gefängnis, 3 Monate verübt, Frau Frieze 2 Tage Gefängnis, verübt, Seide, 9 Monate Gefängnis, 3 Monate ver-übt, Fräulein Sattler und Frau Sattler werden freigesprochen, Heinemann, Schulz 2 Monate Gefängnis, 6 Wochen ver-übt, Albrecht 50 MZ. Geldstrafe, Trep-sowski 4 Monate Gefängnis, 3 Monate ver-übt, Polchow 6 Wochen Gefängnis, verübt, Otto Weiß 1 Monat Gefängnis, verübt, Ro-manowski 1 Monat Gefängnis, verübt, Miersch 1 Monat Gefängnis, verübt, Kiehn 50 Mark Geldstrafe, Eisenreich 1 Monat Ge-fängnis, verübt, Senf 1 Monat Gefängnis, verübt, Weidemann 40 Mark Geldstrafe, Pilz 3 Monat Gefängnis, verübt, Krakal freigesprochen.

12 neue schwere Rodelunfälle.

— Heidelberg, 11. Jan. Auf der Königs-schul-Rodelbahn ereigneten sich 12 schwere Rodel-unfälle, bei denen mehrere Mannheimer Damen und Herren beträchtliche Verletzungen davontrugen.

Flüchtiger Defraudant.

H Rottbus, 11. Jan. In der Filiale der Darmstädter Bank in Rottbus wurde eine große Unterschlagung entdeckt. Der 21-jährige, aus Nachen gebürtige Buchhalter Graver wurde von der Bank nach der Postanhaft geschickt, um einen Wertbrief über 25.000 Mark aufzugeben. Von diesem Gange kehrte G. nicht zurück. Der Flücht-ige hat sich vermutlich nach Berlin gewandt.

Flammentod dreier Handwerks-burschen.

H Müschel, 11. Jan. In einer benach-barten Ortschaft brannte gestern eine Scheune ab. Bei den Aufräumarbeiten fand man in der Asche drei verkohlte Leichen. Anscheinend ist der Brand durch drei Handwerksburschen ver-ursacht worden, die in der Scheune übernachtet haben und in den Flammen umgelommen sind.

Im Verdacht des Aachen Gismordes.

— Eidenburg, 11. Jan. Unter dem Ver-dacht des Gismordes ist in dem Dorfe Kirch-hatten ein Schneider verhaftet worden. Vor ein-iger Zeit starb hier eine junge Witwe, ganz plötz-lich mit ihren drei Kindern. Da man annahm, daß sie nicht eines natürlichen Todes gestorben sind, wurde eine Untersuchung angeordnet, die ergab, daß eine Vergiftung durch Arsenik vor-liege. Die weiteren Nachforschungen führten zur Verhaftung des Schneiders, der zu den näheren Verwandten der Witwe gehörte.

Schweres Lawinenunglück.

H Zürich, 11. Jan. Im Kiental im Bern-er Oberland hörte gestern vormittag 9 Uhr der Besitzer einer Sägerei einen Schrei. Vier Arbeiter waren dort mit Holzägen beschäftigt. Ein fünf-ter, der auf dem Wege zu ihnen war, sah zu seinem Schrecken eine Lawine vom Horn herunter-kommen. Eine Rettung seiner Kameraden war unmöglich. Die Lawine riß die vier samt dem Holz über einen Felsen hinab und bedeckte sie ein. Der fünfte Arbeiter eilte fort, um Hilfe zu holen, die in kurzer Zeit zur Stelle war. Einer der vier Verunglückten wurde bald gefunden; er war schwer verletzt, doch besteht Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Nach längerer Arbeit konnten die drei andern als Leichen geborgen werden.

Die Pest in Chargin.

H Petersburg, 11. Jan. Fürchtbar wild ist die Pest im Chinesenort von Chargin. Täg-lich ereignen sich annähernd 100 Todesfälle. Da es unmöglich ist, Menschen und genügend Zeit für die Bestattung der Verstorbenen zu finden, werden die Leichen auf die Straßen geworfen und verpesten im weiten Umkreise die Luft. Mit ungeheurer Schnelligkeit verbreitet sich die Seuche von einem Viertel ins andere. Schon hat sich die Epidemie der Europäerstadt von Chargin ge-nähert. Einige Russen sind bereits der Pest er-legen. Angesichts der ununterbrochenen Beziehun-gen der Gegend mit dem europäischen Rußland ist die Gefahr einer Verbreitung der Pest in Ruß-land ohne Zweifel sehr groß.

Weitere Nachrichten.

Auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. 13. Januar: Vielfach heiter; Frost zunehmend. 14. Januar: Wolkig mit Sonnenschein, kalt, stichende Schneefälle.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer, Ramm.

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Mr. 5.

Donnerstag, den 12. Januar 1911.

39. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Ueber den ersten Besuch Kaiser Wilhelms II. bei Papst Leo XIII.

Veröffentlicht der ehemalige Sekretär des Kardinals Galimberti, Francois Carré, interessante Erinnerungen. Der Papst beklagte sich bitter über die Bedrängnis des heiligen Stuhles, die der Kaiser in dem behaupteten Umfange nicht gelten lassen wollte. Der Eintritt des Prinzen Heinrich von Preußen, der seinen kaiserlichen Bruder begleitete, brachte die historische Szene zum Abschluss. Spätere Besuche vermittelten dann, wie bekannt, eine größere Intimität zwischen dem Oberhaupt der katholischen Kirche und dem Monarchen. Einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ entnehmen wir das Folgende: Schon kurze Zeit nach seiner Thronbesteigung hatte Kaiser Wilhelm dem Könige Humbert den Wunsch ausgesprochen, ihn in Italien zu besuchen. Man wollte sich in der Sommerresidenz Monza treffen; Cisi aber bestand auf Rom als Ort der Zusammenkunft und begab sich extra nach Friedrichsruh, um mit Bismarck alle Einzelheiten zu regeln. Im Vatikan rief die Nachricht vom Besuche Kaiser Wilhelms II. in Rom, das seit Joseph II. kein deutscher Kaiser betreten hatte, lebhafteste Aufregung hervor, doch tat die päpstliche Diplomatie nichts, um den Besuch zu hindern. Sie wollte ihn vielmehr dazu benutzen, um dem kaiserlichen Gast zu zeigen, in wie weinlicher Lage der Vatikan sich befand. Bismarck hatte dem päpstlichen Staatssekretariat mitteilen lassen, daß der Besuch des Kaisers in Quirinal durch gebietende politische und militärische Rücksichten veranlaßt werde. Am 12. Oktober 1888 fuhr der Kaiser im eigenen Wagen zum Vatikan. In einem zweiten Wagen folgte Prinz Heinrich, in einem dritten der Staatssekretär des auswärtigen Amtes Graf Herbert v. Bismarck. Der Besuch verlief sehr dramatisch. Der Kaiser war nach dem Bericht sehr aufgeregt, daß er im Vorzimmer den Helm und dann die dem Papste mitgebrachte goldene Krone fallen ließ. Papst Leo lenkte das Gespräch nach der ersten Begrüßung sofort auf die römische

Frage, klagte über die demütigende Lage, in der er sich befand und erinnerte an den Bomben, den seine Vorgänger beim Empfang von Kaisern hätten aufwenden können. Kaiser Wilhelm hob das moralische Ansehen und die Verehrung hervor, deren sich der heilige Stuhl erfreue. Als der Papst nach einer kurzen Pause wieder auf sein Thema zurückkam und die für die Unterredung in Aussicht genommene halbe Stunde bereits verfloßen war, trat plötzlich Prinz Heinrich ein. Graf Herbert Bismarck hatte nach Ablauf der im Programm vorgesehenen halbstündigen Frist dem Prinzen zum Eintritt gedrängt und die von den päpstlichen Beamten gemachten Einwendungen kurz mit der Erwiderung abgeschnitten: „Ein preussischer Prinz wartet nicht.“ Im Vatikan vermutet man vielmehr, daß die Unterbrechung der Aussprache absichtlich herbeigeführt worden sei und war verstimmt. Auch der Kaiser war unbefriedigt und ließ seinen Wagen direkt ins königliche Schloß, den Quirinal, fahren.

Die Chronrede zur Landtags-Eröffnung

Der preussischen Monarchie wurde Dienstag mit 12 Uhr im Weissen Saale des königlichen Schlosses eröffnet. In Vertretung Sr. Majestät des Kaisers und Königs verlas Ministerpräsident Dr. v. Bethmann-Hollweg die Chronrede: Nachdem der Ministerpräsident betont hatte, daß sich im abgelaufenen Rechnungsjahr 1909 die Einnahmen und namentlich der bei den Staatseisenbahnen erzielte Reinüberschuß so günstig entwickelt, daß die Rechnung mit einem weit geringeren Fehlbetrag abgeschlossen hat, als im Etat veranschlagt war, stellt er die Forderung neuer erheblicher Mittel zur Erweiterung und besserer Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes, sowie zur Unterstützung von Kleinbahnunternehmungen in Aussicht und fährt so fort: Die Schwierigkeiten, welche der Erfüllung größerer kommunaler Aufgaben in einheitlichen Wirtschaftsgebieten aus der großen Zahl und Mannigfaltigkeit der beteiligten Gemeinden erwachsen, sind neuerdings immer schärfer hervorgetreten. Ihnen soll nach dem

Wunsche des Hauses der Abgeordneten durch die Ausgestaltung des kommunalen Verbandswesens abgeholfen werden. Ein Gesetzentwurf über die Bildung von Zweckverbänden ist bereits ausgearbeitet worden. Die Entwicklung Berlins und der umliegenden Gemeinden und Landstriche hat besonders auf den Gebieten des Verkehrs und der Bewahrung eines Interessengemeinschafts herbeigeführt, die dringend der Organisationsbedarf. Es soll daher durch eine Gesetzesvorlage, welche ihnen sobald als möglich zugehen wird, für das Bahn- und Bauwesen, sowie zur Erhaltung eines Wild- und Wiesengürtels ein Verband Groß-Berlin auf der Grundlage freier Selbstverwaltung geschaffen werden. Der in der vorigen Session unerledigt gebliebene Entwurf einer Novelle zu der rheinischen Gemeindeordnung ist ihnen wiederum vorgelegt. Die zur Vorbereitung der Verwaltungsreform berufene Immediatkommission hat die ihr obliegenden Arbeiten nachdrücklich zu fördern gesucht. Auf Grund ihrer Tätigkeit ist zunächst eine vereinfachte Geschäftsordnung für die Regierungen erlassen worden. Einem weiteren Vorschlage der Kommission entsprechend wird ihnen voranschickend noch in der laufenden Tagung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden können, der die Rechnungsprüfung durch die Oberrechnungskammer vereinfachen soll. Das aus wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen erwachene Verlangen der inneren Kolonisation schreitet fort. Unter Ausnutzung erheblicher Staatsmittel sind neuerdings auch in den Provinzen Brandenburg und Pommern gemeinnützige Organisationen geschaffen worden, die sich die Vermehrung des bäuerlichen Besitzes und die Beschäftigung von Arbeitern zur Aufgabe stellen. Es sind Verhandlungen darüber im Gange, inwieweit diese kolonisierende Tätigkeit durch besondere Maßnahmen der Gesetzgebung gefördert werden kann. Auch die Erschließung der noch nicht kultivierten Moore und der sonstigen Oedländer wird fernerhin in verstärktem Maße in Angriff genommen werden. Um die körperlichen und sittlichen Kräfte der schulentlassenen Jugend zu entwickeln und für das Leben zu festigen, hat sich die Staats-

regierung entschlossen, eine planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege einzuleiten. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind im Staatshaushaltsetat für 1911 besondere Mittel vorgezogen. Sie sollen vor allem dazu dienen, die bestehenden, auf freiwilliger Grundlage beruhenden Einrichtungen der Jugendpflege auszubauen und zu erweitern und die auf diesem Gebiete bisher schon bewährten Kräfte zusammenfassend zu unterstützen. Von Erfolg werden die Absichten der Staatsregierung nur begleitet sein können, wenn sie in der freiwilligen Mitarbeit weiterer Kreise des Volkes tatkräftige Unterstützung finden. Dem gleichen Zwecke wird die weitere Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens dienen, das die wirtschaftliche Förderung des heranwachsenden Geschlechts zum Ausgangspunkt für seine sittliche Erziehung nimmt. Ein Gesetz, durch das die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die männliche Jugend in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohner sichergestellt werden soll, wird ihnen demnächst zugehen. Der in der vorigen Tagung des Landtages nicht erledigte Entwurf über die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Westfalen, in der Rheinprovinz und den Hohenzollernschen Ländern wird ihnen erneut zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ein weiteres gleichartiges Gesetz für Schleswig-Holstein ist in Aussicht genommen. Mit dem Wunsche, daß die Beratungen und Beschlüsse fruchtbringend sein werden, erklärte der Ministerpräsident den Landtag für eröffnet. Der Eröffnungsfest waren wie immer Gottesdienste für die katholischen und die evangelischen Mitglieder des Landtages vorangegangen. Das Wetter war freundlich. Trotzdem fanden sich zur feierlichen Eröffnung der Session nicht sehr zahlreiche Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses ein, da der Kaiser die Chronrede nicht persönlich verlas. Es entfiel infolge dessen die hösliche und militärische Prunkentfaltung, auch waren die Kaiserin und die Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses, die sonst häufig von einer Loge des weissen Saales dem feierlichen Akte beizuwohnen, ferngeblieben.

Der Adventist als Soldat.

Vor dem Oberkriegsgericht des dritten Armee-Korps gelangte, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, Montag wieder der Fall des Adventisten Naumann, der in seiner Art wohl einzig dastehen dürfte, zur Verhandlung. Mit fanatischer Hartnäckigkeit verfolgt Naumann sein Prinzip, den Fortschritt seiner Sekte gemäß, den Sonnabend heiligen und an diesem Tage jegliche Arbeit, auch die geringste, zu unterlassen. Auch als er dann im Jahre 1907 Soldat wurde, blieb er auch bei seinem Voratz. Vom Freitagabend von eintretender Dunkelheit bis zum Sonnabendabend tat er keinen Dienst, und hartnäckig verweigerte er den Gehorsam. Bald wurde er wegen Gehorsamsverweigerung vor das Kriegsgericht gestellt und verurteilt. Aber er ließ sich dadurch keineswegs von seiner Idee abbringen. Nach wie vor verweigerte er an den Sonnabenden jeden Gehorsam, und so mußte er denn immer wieder von neuem vor dem Kriegsgericht erscheinen. Es kamen das eine Mal 15 Fälle von ausdrücklicher

werde, erwiderte Naumann, er werde dann gehorchen, weil ein Unglück vor der Tür stehe. Zu interessanten Auseinandersetzungen kam es dann zwischen den als Sachverständigen geladenen Psychiatern und dem Vertreter der Anklage sowie der Verteidigung. Seitens des wissenschaftlichen Senates der Kaiser-Wilhelm-Akademie war über den Geisteszustand des Angeklagten ein ausführliches Gutachten angefertigt worden, über das sich der stellvertretende Vorsitzende des Senats, der Inspektor der zweiten Sanitätsinspektion, Generalarzt Professor Dr. Kern verliest. Das Gutachten kam zu dem Ergebnis, daß bei Naumann nicht ein Zustand vorliege, in dem die freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei; der § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs komme also nicht in Betracht. Es handle sich hier vielmehr um eine überwertige Idee, die nicht krankhaft zu nennen sei. Man brauche nur ins Leben zu schauen, und da sehe man Fanatismus und Märtyrertum auf anderen Gebieten genug. In der früheren Psychiatrie habe man viel von Monomanie, das heißt von Einzelkrankheitserscheinungen als Irrsinn gesprochen. Heute stehe aber die Wissenschaft auf dem Standpunkt, daß mehrere Krankheitserscheinungen nötig wären, um die Ausschließung der freien Willensbestimmung herbeizuführen. Nebenbei Anstalt war der Oberst Dr. Weil. Ganz anders dagegen verhielt sich der Psychiater Dr. Voigt in seinem Gutachten. Er führte unter anderem aus, daß die Wissenschaft neuerdings zu der Ansicht gekommen sei, daß auch feine psychologische Störungen als Krankheit im Sinne des Gesetzes anzusehen seien. Von dritter Seite wurde betont, daß unter den Psychopathen an der Berliner Universität und unter denen anderer Hochschulen entgegengesetzte Strömungen vorhanden seien und die Gutachten ganz erheblich abweichend lauteten. Das Oberkriegsgericht schloß sich dem Gutachten des wissenschaftlichen Senats an und bestätigte das von der ersten Instanz gefällte Urteil, wonach Naumann zu

fünf Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Angeklagte hat sofort Revision eingelegt.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Reichsmilitärgericht zu der Angelegenheit verhält. Weist es die Revision zurück, so ist — wenn nicht ein hier wohlangebrachter Gnadenakt Platz greift — für den Angeklagten so gut wie gar keine Möglichkeit vorhanden, je wieder aus dem Spandauer Festungsgefängnis herauszukommen. Naumann müßte in diesem Falle sein ganzes Leben hindurch als Märtyrer für die Adventisten hinter Gefängnismauern zubringen. Er wird trotz der fortwährenden Gefängnisstrafen, die von Fall zu Fall

schärfer ausfallen, in der Festung an jedem Sonnabend von neuem dem Gehorsam verweigern.

Aus aller Welt.

Der Erbfah von Persien. Mohammed Ali, weilt seit Freitag im strengsten Inognito in Berlin. Der entthronte Herrscher ließ im Hotel Bristol, wo er abgeblieben ist, einem Anstager des „Berl. Tagebl.“ durch einen Herrn seines Gefolges die folgende Erklärung übermitteln: „Seine Majestät erwidert auf Ihre Frage, daß die Reise seiner Majestät keinerlei politische Bedeutung hat. Seiner Majestät liegt nichts ferner, als die Ruhe Persiens, dem er von Herzen Fortschritt und Gedeihen wünscht, irgendwie zu fördern. Schah Mohammed Ali hat während seiner Reise, die ihn von Odesa über Wien, Meran, Rom, Nizza, Paris und Brüssel nach Berlin geführt hat, keinerlei Zusammenkunft mit politischen Persönlichkeiten gehabt. Seine Majestät hat die Reise in erster Linie aus Gesundheitsrücksichten unternommen. Sodann war es der Wunsch des Schahs, endlich einmal die Hauptzentren der europäischen Zivilisation kennen zu lernen. Es ist die europäische Reise Mohammed Ali's, der die europäischen Weltstädte bisher nur aus Büchern und Zeitungen kannte. Seine Majestät hat sich in Berlin sehr wohl gefühlt und wiederholt seiner Verwunderung für die deutsche Reichshauptstadt Ausdruck gegeben.“

Auf der Suche nach dem Ballon „Hildebrandt“. Auf die Nachricht, daß der Ballon „Hildebrandt“, der Hoeganaes im Kattegatt nach See zureißend gesehen worden ist, hat das Kommando der Marinestation der Ostsee, der Vize der Angehörigen der vermischten Luftschiffer entprochen und die beiden Torpedoboote „B 164“ und „B 170“ auf die Suche nach dem Ballon bezogen. Die Boote haben die Suche nach dem Ballon, das südliche Kattegatt abzusuchen. Da diese Aufgabe durch die früh eintretende Dunkelheit wesentlich erschwert wird, ist den Booten ein Zeitraum von drei Tagen zur gründlichen Ausführung ihres Auftrages zur Verfügung gestellt worden.

Bei der Sprengung alten Mauerwerkes am Abbruch Alte Jakobstraße 106 zu Berlin durch Gardepioniere unter Leitung eines Leutnants wurden in den Nachbargebäuden 70 Fensterscheiben eingedrückt und durch Steinstücke zertrümmert. Einem Arbeiter wurde durch ein Steinstück der rechte Unterarm gebrochen. Mehrere andere Arbeiter bekamen von Schred Obmachten. Verletzte Hilfe wurde von der Hilfsabteilung 12 geleistet. Die Kranken konnten

allein nach Hause gehen. Die Ursache der Wirkung gerade dieses einen Sprengschusses konnte noch nicht festgestellt werden.

Schweres Baumglatz. In der Dammstraße in Bremen stürzte ein im Rohbau fertiggestelltes zweigeschossiges Wohnhaus in sich zusammen und begrub 5 Arbeiter unter sich. Einer der Verunglückten wurde als Leiche geborgen, zwei wurden schwer und einer leichter verletzt.

Blutiger Gassenkampf. In München wurde in einer Gasse ein Streit infolge eines geringfügigen Streits ein Steinwurf von einem Zimmermann mit einem Messer in den Oberarm des Gegners geführt. Der Verletzte brach mit dem Rufe: „Jetzt ist es aus!“ tot zusammen. Der Täter floh, wurde aber verhaftet; er will in Notwehr gehandelt haben.

Auf der Modelbahn in Ebenhausen rannten zwei Münchener Studierende infolge falscher Schlittenlenkung gegen einen Baum. Dabei erlitt ein junger Mediziner eine schwere Gehirnerschütterung und Kopfverletzungen. Der andere trug eine Verletzung des rechten Fußes davon.

Streikendemonstrationen in Mex. Die bekannte Lorraine Sportive hatte für Sonntag nachmittag im Terminsportel in Mex eine Konzertaufführung veranstaltet, die die politische Genehmigung nicht fand. Als trotzdem die Teilnehmer das Konzert abzuhalten Wiene machten, erklärte der amtierende Polizeikommissar die Versammlung für aufgelöst, da es sich nicht um eine familiäre Veranstaltung handelte. Die Teilnehmer formierten sich darauf zu einem Zuge. Unter Singen und dem Rufen Vive la Lorraine zogen sie hierauf zum Marschall Ney-Denkmal, wo eine mit starkem Beifall ausgenommene Rede abgehalten wurde. Auch wurden die Rufe Vive la France ausgehoben. Diese Rufe wiederholten sich später noch mehrmals, auch wurde die Marschallaise gesungen. Als die auf mehrere Tausend Personen anwachsende Menge eine drohende Haltung einnahm, wurde die Hauptwache alarmiert. Die umliegenden Straßen wurden hierauf abgesperrt. Die Demonstrationen währten bis 11 Uhr abends. 8 Verhaftungen wurden vorgenommen. 2 Personen sollen verletzt worden sein.

150 000 Mark unterschlagen. In Odense (Dänemark) hat sich der erste Direktor der Aktiengesellschaft „Moulands Fabriken“, eines der bedeutendsten industriellen Etablissements Dänemarks, umfangreicher Betrügereien, Unterschlagungen und Urkundenfälschungen schuldig gemacht. Der ungetreue Direktor, der in den Kreisen der Lebenswelt wohlbekannt war, wurde verhaftet. Es hat sich herausgestellt, daß er sich auf Kosten der Gesellschaft, deren Leiter er war, in flotten Weise um etwa 150 000 Mark bereichert hat.

Reichstag.

Präsident Graf v. Schwerin-Schwins eröffnete die erste Sitzung d. R. mit den besten Wünschen für das neue Jahr. Sodann gedachte der Präsident der inzwischen Verstorbenen; zunächst des früheren langjährigen Reichspräsidenten Grafen v. Helldorf, ferner der Abgeordneten v. Helldorf (Bentz.) und Schmidt (Münster). Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Freikörperübungen auf.

Aufhebung der Bändholzsteuer.

Zur Begründung der Interpellation führt Abg. Enders (Fortf.) vgl. aus: Es muß schleunigst etwas geschehen, den Schaden wieder gut zu machen, der durch diese Steuer entstanden ist. Die Unternehmer verlangen eine hohe Besteuerung der Bändholzsteuer, Aufhebung der Bändholzsteuer oder Einführung des Staatsmonopols. Der Konsum ist infolge der vielfach übertriebenen Sparpolitik und der Verwendung der Ersatzmittel derart gering geworden, daß dauernd mit einem Konsumrückgang von 45 Prozent gerechnet werden muß. Die Entwicklung geht dahin, daß nur einige große Betriebe weiter produzieren können, die dann dem Volke die Preise diktiert. Die Bändholzsteuer ist die wichtigste Steuer der ganzen Steuerreform, denn das Bändholz ist in der ärmsten Hütte weniger entbehrlich als im Palast. (Sehr richtig!) Wir verlangen daher Aufhebung dieser Steuer. Ein Ersatz für den Steuerausfall wäre durch die Erbschaftsteuer zu schaffen oder durch Herabsetzung der Brandwein- und Zuckergaben. Eine selbstverständliche Konsequenz der Bändholzsteuer sollte die Besteuerung der Ersatzmittel sein. Staatssekretär v. Bernuth: Die Interpellation wird dem wirklichen Sachverhalt innerhalb der Bändholzindustrie nicht gerecht. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten liegen auf einem ganz andern Gebiet, sie sind der Auflösung des Bändholzmonopols zuzuschreiben. Diese Auflösung hat eine wesentliche Verbilligung der Waren zur Folge gehabt. Die Bändholzsteuer befindet sich inmitten des Übergangsalters. Sie wäre früher ins Licht gekommen, wenn nicht so viel Leidenschaftlichkeit und Verstimmung ihr entgegengebracht wäre, und dahin gehört die große Vorverurteilung und die Verwendung der teureren Ersatzmittel. Für diese Ersatzmittel werden um gleich große Summen ausgegeben, nur um dem Fiskus die Steuer vorzubehalten. Die Notlage der Arbeiter wird vielfach übertrieben, namentlich ist von einer Hungersnot im bayerischen Walde nicht die Rede. Die dortigen Bändholzarbeiter haben durchweg anderweitige Beschäftigung gefunden. Meistlich ist es in Thüringen der Fall. Bei der Vorverurteilung hat das Ausland den Hauptverdienst gehabt. Die Bändholzindustrie weicht sich in ihrem offiziellen Organ mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung der Bändholzsteuer. In erster Linie wenden sie sich gegen die Ersatzmittel. Wir werden den Anregungen nachgeben, aber nicht im Sinne der Interpellation, die sich in entgegengesetzter Richtung bewegt. — Abg. Graf v. Dörsch: Schon vor der Reform befand sich die Bändholzindustrie in einer gewissen Depression. Dazu kamen noch die veränderten Verhältnisse und andere Auflagen der Gesetzgebung. Jedenfalls trägt der Reichstag in seiner Gesamtheit die Verantwortung für die Steuer. Der Verdienst der Industrie ist nicht übermäßig groß gewesen. Der Handel hat dann den durch das Gesetz geschaffenen Nachteil noch für sich ausgenutzt. Der Zeitpunkt einer Abschaffung des Gesetzes müßte doch zweifellos festgelegt werden mit Übergangsbestimmungen, die eine neue Schädigung der Industrie verhindern würden. Jedenfalls müssen wir zu einer Abhilfe einzelner bestehender Mängel kommen. — Abg. Dr. Dörsch (Mitt.): Die Mängel der Bändholzsteuer liegen darin, daß sie nicht genügend vorbereitet war. Die Not ist groß, die Betriebe werden immer mehr eingekürzt, und der Lohnausfall ist ungeheuer. Gekündigte Hilfe ist notwendig. Uns wäre die Errichtung eines Reichsmonopols am sympathischsten. Dadurch würde allein der Bändholzindustrie geholfen werden können. — Abg. Dr. Dörsch (B. u. L.): Wir verkennen nicht, daß die Lage der Bändholzindustrie außerordentlich mitleidig ist. Ob ein Monopol anzustreben ist, lasse ich dahingestellt, eine Aufhebung der Steuer wünschen die Fabrikanten selbst nicht. Ist die Vorverurteilung angebracht, dann wird auch für die Industrie wieder eine bessere Zeit anbrechen. Die harte politische Notwendigkeit, dem Vaterlande die nötigen Mittel zu beschaffen, mußte uns dahin bringen, eigene steuerrechtliche Wünsche hintanzustellen. Darauf wurde Betrugung beschlossen. — Es folgten persönliche Bemerkungen der Abg. Enders (Fortf.), Fegter (Fortf.), Graf v. Dörsch (Bentz.), Dr. Müller-Meiningen (Fortf.) und Dr. Dörsch (Konf.). — Nächste Sitzung Mittwoch. Auf Antrag des Abg. Singer (Soc.) wurde beschlossen, die Fortsetzung der heutigen Beratung als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Abgeordnetenhaus.

Abg. Kröcher (Konf.) eröffnete als Präsident der vorigen Session die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und König, in das die Abgeordneten einstimmten. Sodann erging zur Einbringung des

Finanzminister Dr. Lenzke

das Wort und führte aus: Mein Vorgänger hat mir die Finanzen in wohlgeordnetem Zustande überliefert, mir liegt nur ob, sie in diesem Sinne zu erhalten und weiter auszugestalten. Ich bitte, mir Ihre Unterstützung zu leisten, denn ohne diese ist es mir unmöglich, dieses bedeutsame Ziel zu erreichen. Die Rechnung des Jahres 1907 schließt mit einem Fehlbetrag von 23,4 Millionen ab, während der Etat einen Fehlbetrag von 145,8 Millionen vorsieht. Die Folgen des im Jahre 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Niedergangs wirken heute noch nach. Gleichzeitig trat mit der Verteuerung der Lebenshaltung die Notwendigkeit hervor, die Gehälter und Pensionen

zu erhöhen. Die Einnahmen fielen und die Ausgaben wuchsen. Wir erhielten somit im Jahre 1907 einen Fehlbetrag von 72 Millionen, 1908 einen Fehlbetrag von 205 Millionen. Dieser Fehlbetrag mußte herabgemindert oder ganz ausgeschaltet werden, entweder durch Vermehrung der Einnahmen oder durch Zurückhaltung der Ausgaben. Das Jahr 1909 gestaltete sich glücklicherweise erfreulicher als angenommen wurde. Der wirtschaftliche Niedergang hielt nicht so lange an, wie man erwartete. Auch der Abschluß des Rechnungsjahres 1910 hat sich weit besser gestaltet, als man vorausah. Nach dem Etat sollte das Jahr 1910 abschließen mit 92,9 Millionen Defizit. Nach Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist anzunehmen, daß das Defizit geringer sein wird. Das Jahr 1911 schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 4085 Millionen ab. Landwirtschaft wie Industrie zeigen eine fortschreitende Entwicklung. Der Kursstand unserer Staatsanleihe ist fortgesetzt Gegenstand der vollen Aufmerksamkeit der Staatsregierung. Wie das Reich, so beabsichtigt auch Preußen, den Anleihemarkt mit neuen Anleihen zu versehen. Daß wir bestrebt sind, das Defizit zu verringern, zeigt auch der neue Etat, und wir haben keine Veranlassung, der Zukunft mit Besorgnis entgegenzusehen. Ich beuge die feste Überzeugung, daß bei einem vertrauensvollen Zusammengehen von Regierung und Landtag es in nicht ferner Zeit gelingen wird, auch den letzten Schatten zu beseitigen, der heute noch auf der preussischen Finanzlage ruht. (Beifall.) — Nächste Sitzung Sonnabend. Erste Lesung des Etats.

Der preussische Etat für 1911.

Der neue Finanzminister Dr. Lenzke hat diesmal in dankenswerter Weise dem preussischen Staatshaushaltsetat nach dem Vorbild im Reich eine kurze zusammenfassende Uebersicht beigegeben. Danach schließt der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 4085 314 749 M. ab. Von den Ausgaben entfallen 214 000 253 = 5,2 Prozent der Gesamtausgaben auf das Extraordinarium, gegen 205 147 804 M. = 5,2 Prozent der Gesamtausgaben im Etat für 1910. Zur Herstellung des Gleichgewichts sind im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung 29 000 000 M. als außerordentliche Einnahme eingestellt, die im Wege der Anleihe zu beschaffen ist. Im Etat für 1910 war diese außerordentliche Einnahme auf 92 800 000 M. bemessen. Das Etatsgesetz enthält, wie im Vorjahre, die Ermächtigung, zur vorübergehenden Verdrückung der Betriebsmittel der Generalstaatskasse, deren Betriebsfonds 133 497 000 M. beträgt, Schatzanweisungen bis zur Höhe von 100 000 000 M. ausgeben zu dürfen.

Die im Etat für 1910 versuchsweise für die Dauer von 5 Jahren getroffene Regelung, wonach die Reindarstellung der Eisenbahnenverwaltung nur bis zur Höhe von 2,10 Prozent des staatlichen Anlagekapitals der Eisenbahnen zur Deckung allgemeiner Staatsausgaben herangezogen werden dürfen, hat für 1911 zur Folge gehabt, daß ein Betrag von 32 477 292 M. zur Verdrückung des Ausgleichsfonds etabliert worden ist. Die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses nach Maßgabe des Gesetzes vom 25. Juni 1910 erfordert für 1911 einen Mehraufwand von 4 779 932 M., davon für Beamte der Eisenbahnenverwaltung 2 210 000 M. An Pensionen für Zivilbeamte sind 87 500 000 M. veranschlagt, gegen 1910 + 10 000 000 M. Der Anteil der Eisenbahnenverwaltung beläuft sich auf 43 992 000 M., gegen 1910 + 5 204 000 M.

Die Hilfsarbeiter- und die sachlichen Ausgabenfonds der Behörden, bei denen sich in den letzten Jahren regelmäßig Etatsüberschreitungen ergeben haben, sind bei den Zentralbehörden allgemein und im übrigen vereinzelt dem Bedürfnis entsprechend erhöht worden. Desgleichen sind die Reisefondsfonds neu geregelt, und zwar einmal nach dem Durchschnitt der letzten Jahre, und zum anderen unter Berücksichtigung der Ersparnisse aus der Novelle zum Reisefondsgesetz. Neue Beamtenstellen sind bei den Staatsverwaltungen im allgemeinen nur insoweit ausgeschrieben, als es sich darum handelt, das normale Verhältnis zwischen der Zahl der etablierten Beamten und der Zahl der Diätäre wieder herzustellen.

Die Reinerträge der Steuern und Betriebsverwaltungen sind auf 823 579 679 M., gegen 1910 + 99 778 210 M., und zwar bei den direkten Steuern auf 66 786 300 M., gegen 1910 + 5 890 300 M., bei den Vergewerten auf 15 667 450 M., gegen 1910 + 6 163 190 M., bei den Eisenbahnen, ohne Berücksichtigung der Rücklage in den Ausgleichsfonds von 32 477 292 M. auf 252 277 292 M., gegen 1910 + 100 374 793 M. Das Gesamtextraordinarium der Steuern und Betriebsverwaltungen beläuft sich auf 145 544 927 M., gegen 1910 + 460 533 M.

Bei der Eisenbahnenverwaltung ist in Aussicht genommen, neben dem Extraordinarium ausgetragenen Mitteln etwa 146 000 000 M. für die bestehenden Bahnen durch Anleihe bereitzustellen. Bei der Vergrößerung soll ebenfalls ausnahmsweise für einzelne dringend erforderlich werdende Neubauten der Anleiheweg beschritten werden, um den Neubauschulden vorzulegen und der nächsten Etats nicht übermäßig stark zu belasten. Die Kronkassationskasse ist auf Grund des Gesetzes vom 17. Juni 1910 um 2 000 000 M. höher eingestellt. Die Staatskassationskasse auf 9 531 677 196 M., gegen 1910 + 109 908 407 M. Der Anteil der Eisenbahnenverwaltung beträgt 7 284 200 000 M., gegen 1910 + 110 900 000 M. Die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld erfordert insgesamt 393 505 250 M., gegen 1910 + 2 611 442 M. Die Einnahmen und Ausgaben für das Medizinalwesen erscheinen diesmal nicht auf dem Etat der geistlichen und Unterrichtsverwaltung, sondern auf dem Etat des Ministeriums des Innern.

Die Moabiter Krawallprozesse.

Der Schwurgerichtsprozess über die Moabiter Krawalle in Berlin, der am Montag seine Eröffnung gefunden hatte, nahm Dienstag

mit der Vernehmung der Angeklagten, die jede aufrechterhaltende Absicht in Abrede stellten, ihren Fortgang. Angeklagter Mohr will nach den stattgehabten Ereignissen mit einem kleinen Stein nach einer Straßengasse geworfen haben, um seiner Entlassung über die stattgehabten Angriffe der Polizei Ausdruck zu geben. Selbst ist ihm nichts geschehen. Seinen Revolver hat er einem anderen Arbeiter gegeben, der zweimal damit schoss, aber niemanden traf. Angeklagter Morecht und mehrere seiner Genossen haben auf ein Zeichen des Mitangeklagten Marquardt Steine von der Straße aufgenommen und nach den Laternen geworfen. Die übrigen Angeklagten wollen meist betrunken gewesen sein und nicht wissen, wie sie zu den Ereignissen gekommen sind. Unter diesen Umständen war die Vernehmung der Angeklagten schon am Vormittag beendet. Nachmittags begann die Vernehmung der Angeklagten Klein und ein Polizeikommandant gab eine ausführliche Schilderung der Ausbreitungen, die sich mit den Darlegungen im Strafammerprozess deckt. Darnach wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Im Prozess vor dem Landgericht

Am Dienstag die Moabiter zum Abschluss. Staatsanwalt Dr. Steinbrecht legte dar, daß die Zeugnisaussagen über das Vorgehen der Polizeibeamten nicht immer zutreffend gewesen seien, wie sich hier vor Gericht ergeben habe. Die Moabiter Arbeiter seien sonst friedliche Leute, sie seien jetzt aufgehetzt. Staatsanwalt Selzer äußerte sich im ähnlichen Sinne. Dann sprach noch einmal verschiedene Verteidiger, die die Darlegungen der Staatsanwälte auf Grund der Zeugnisaussagen bestritten. Mit einem Schlusswort der Angeklagten war die Verhandlung beendet. Am Mittwoch nachmittag 2 Uhr wird das Urteil verkündet werden.

Deutschland.

— (Herrnhaut.) Freiherr v. Man-teuffel eröffnete als Präsident der vorigen Session die Sitzung mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und König. Nachdem das bisherige Präsidium sowie die Schriftführer durch Zuzug wiederergänzt waren, vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

— (Von Fürst Bülow's Silberhochzeit.) Der Vorkämpfer von Jagow wies in seiner Rede bei der Montag in der Villa Malta beim Fürsten Bülow veranstalteten Festtag auf die zahlreichen Beweise der Dankbarkeit, Verehrung und Liebe hin, die dem Fürsten Bülow und seiner Gemahlin an diesem Tage von allen Seiten zuteil geworden seien, hob die unvergänglichen Verdienste des Fürsten hervor und wünschte dem Jubelpaar ein langes und glückliches Leben. Fürst Bülow dankte in bewegten Worten und betonte, wie viel er der verständnisvollen Liebe seiner Frau verdanke, ohne deren Pflege er kaum noch Jahre als Minister durchgehalten haben würde. Dann erinnerte der Fürst daran, daß vor 25 Jahren bei einem Festmahle nach seiner Trennung der damalige Vorkämpfer in Wien, Prinz Reuß, ihm zugerufen habe: „per aspera ad astra!“ Diese Worte seien ihm eine gute Vorbedeutung gewesen. Heute wünsche er, daß über seinem Hause immer ein freundlicher Stern leuchte und daß er nur Gutes und Erfreuliches über den Fortgang der Dinge im Vaterlande hören würde, denn mit dem Amte habe er nicht seinen Patriotismus niedergelegt. Gott möge ihm seine Frau und seine guten Freunde, die er habe, erhalten. — Im Laufe des Tages sind im ganzen über tausend Telegramme und Glückwünsche in der Villa Malta eingetroffen. Unter den Gratulanten befand sich auch Kardinal Mamolla. Das Fürstpaar wird in den nächsten Tagen eine Audienz beim Papste haben.

— In den Etat des Ministeriums des Innern für die Bekämpfung der Granulose wurden 250 000 M. eingestellt. — Im Etat des preussischen Kultusministeriums sind 870 000 M. für außerordentliche Kurse zur vermehrten Ausbildung von Volksschullehrkräften ausgesetzt worden.

— In der Wahlrechtsfrage hat die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei des preussischen Abgeordnetenhauses beschlossen, den bereits in früheren Sessionen eingebrachten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Einzelstaaten, sowie auf Einführung einer zeitgemäßen Wahlkreiseinteilung wieder einzubringen.

— Landtagsabgeordneter von Neumann-Danberg, der seit 1879 den Wahlkreis Königsberg in der Neumark vertritt, ist gestorben. v. Neumann stand im 72. Lebensjahre; er war verheiratet mit einer Schwester des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg.

— Der konservative Landtagsabgeordnete Fr. Meyer (Bielefeld) ist gestorben. Er vertrat den Wahlkreis Herford-Bielefeld seit dem Jahre 1903 im Abgeordnetenhaus und auch während der XI. Legislaturperiode im Reichstage. Er war am 24. Oktober 1840 zu Steinbagen i. W. geboren, erlernte das Malerhandwerk, nahm an den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 teil und war seit langen Jahren Vorsitzender der Handwerkskammer und des Aufsichtsrats der Gewerkschaft Bielefeld.

— (Eine Postkarte im Elsaß beschlagnahmt.) Der Korrespondenz- und Herausgeber der satirischen Wochenschrift „Durchs Elsaß“, Bismarck in Mülhausen i. E., wurde kürzlich vom Landgericht in Mülhausen wegen Verleumdung der deutschen Veteranen von 1870 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Nun gab er dieser Tage eine Postkarte heraus mit seinem Bildnis, das von zwei Elsaßfrauen gehalten wird. Darunter steht in rotem Feld die Aufschrift: „Zum Andenken an meine Verurteilung.“ Darüber steht sich über einer blauroten Landschaft ein hellblauer Himmel. Die Staatsanwaltschaft steht in dieser Farbenzusammensetzung eine Verleumdung auf die französischen Nationalfarben und hat die Postkarte beschlagnahmt.

Ausland.

Türkei.

— Eine türkische Grenzwahe ist nachts bei Papapuli von einer griechischen Bande angegriffen worden, wobei 1 Soldat erschossen wurde.

Die Wahe erwiderte das Feuer und tötete 3 Griechen, die übrigen ergriffen die Flucht. Eine gleiche Bande drang in Krania in das Haus eines Walachen ein und ermordete ihn und zwei seiner Söhne. Bei der Verfolgung der Täter fielen zwei Soldaten. Vier Griechen wurden erschossen und ein verwundeter gefangen genommen. Eine andere griechische Bande überfiel ein Gehöft am Fuße des Olympos, ermordete den Eigentümer und schlachtete 30 Stück Vieh ab.

Westfalen u. Rheinland.

— Soest, 11. Jan. Die Unfälle, sich legenden Personen die Stühle fortzuschleichen, hat hier ein Opfer gefordert. In einer hiesigen Wirtschaft zog ein Gast einen jungen Mädchen aus Spaeteri einen Stuhl fort, auf den es sich setzen wollte. Das Mädchen fiel zur Erde und zog sich derart schwere Kreuzverletzungen zu, daß es ins Krankenhaus befördert werden mußte.

— Bocholt, 11. Jan. Die hier herrschenden Kinderkrankheiten, Scharlach und Masern, fordern andauernd viele Opfer. So starben beispielsweise in einer Straße in einem Zeitraum von 14 Tagen 12 Kinder. Es kommt häufig vor, daß Kinderleichen zum Friedhof getragen werden müssen, weil die hier vorhandenen Leichenwagen nicht ausreichen.

— Duisburg, 11. Jan. Wegen Brandstiftung verhandelte das Schwurgericht gegen den Bergmann Anton Krieger aus Mülheim-Ruhr, der, als er infolge von Zwistigkeiten mehrmals durchgebrannt war und schließlich von seiner Frau nicht mehr aufgenommen wurde, aus Rache ein Stallgebäude in Brand gesteckt hatte. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis. — Schwere Diebstahl im Rückfalle brachte dem wiederholt mit Zuchthaus vorbeurteilten Arbeiter Karl Berner aus Mülheim-Ruhr 1 Jahr Gefängnis. Er hatte in einem Neubau mehrere Behälter erbrochen und Kleider seiner Mitarbeiter gestohlen.

— Düsseldorf, 11. Jan. Das Kriegsgericht verurteilte in seiner Sitzung den Sufaren Peter Schönd von der 3. Esabron des Sufarenregiments Nr. 11 in Krefeld zu einem Jahre Gefängnis und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Der Angeklagte hatte wiederholt Gegenstände verschiedener Art seinen Kameraden gestohlen. Eine große Anzahl dieser Sachen wurde bei einer Durchsuchung der Wohnung seiner Eltern in Rosfelderstraße vorgefunden. — Der vielfach vorbeurteilte Musikant Bernhard Pfeiffer von der 8. Komp. des Inf.-Regts. Nr. 16 in Mülheim-Ruhr war im März 1908 von seinem Truppenteil fahnenflüchtig geworden. In Belgien und Holland hatte P. Johann verschiedene Schwindeleien verübt und sich vor kurzem freiwillig gestellt. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und Verweisung in die 2. Soldatenklasse.

— M.-Gladbach, 11. Jan. Die Strafkammer verurteilte einen Spitzbuben zu der hohen Strafe von 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Es handelt sich um den Tagelöhner Heinrich Döbner, der bereits an mehreren Anlässen wegen Diebstahls vorbeurteilt worden ist und neuerdings wieder fünf Diebstähle unter erschwerenden Umständen begangen hat.

Aus aller Welt.

— Zur Affäre des Grafen Gisbert Wolff-Metternich. Grafin Metternich, die in Berlin eingetroffen ist, begab sich zum Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Dreßl, um mit ihm wegen eines eventuellen Revisionsantrags zu verhandeln. Es ist der Grafin bisher nur gelungen, etwa 15 bis 20 000 M. zusammenzubringen. Graf Gisbert Wolff-Metternich ist im Untersuchungsgefängnis erkrankt, so daß er bei der Unternehmung, die die Grafin mit dem Untersuchungsrichter hatte, nicht vorgeführt werden konnte. Es wurde ihr indessen gestattet, ihren Mann auf kurze Zeit im Untersuchungsgefängnis zu besuchen. Wie verlautet, stehen der Dastellung des Grafen Metternich sehr erhebliche Bedenken entgegen.

— Vier Kinder durch Leuchtgas vergiftet. Im Danie Jablonka-Straße 15 in Berlin hat sich ein schweres Unglück ereignet. Dort sind vier Kinder des Maurers Krämer in der eierleichen Wohnung durch Leuchtgas aufgefunden worden. Es liegt Leuchtgasvergiftung vor. Der Gaseruch, der aus der Wohnung drang, brachte die Hausbewohner auf die Spur. Die Eltern hatten die Wohnung verlassen und die Kinder waren allein zurückgeblieben. Augenblicklich hielten die Sanitätswärter der Berliner Feuerwehr Wiederbelebungsversuche an, doch sind auch diese zur Stelle.

— Aus Frankfurt vor Erfindung erschoffen. Der 82-jährige Privatier und frühere Lithographie-Anstalts-Besitzer Max Dreßel in seiner Wohnung an der Zweibrückenstraße in München.

— Neuer ein Familiendrama wird aus Italien berichtet: Der Landwirt Schönd von Sandberg hatte sich nach vorausgegangenem Streit mit seiner Frau in den nahegelegenen Wald begeben, um seinem Leben durch Erschießen mit einem Gewehr ein Ende zu machen. Die Frau folgte ihm und wollte ihm das Gewehr entreißen, wurde dabei aber durch einen Schuss so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb. Der Mann brachte seine Frau nach Hause und erhängte sich dann im Walde.

— Zusammenstoß zweier Wagen. Ein Lastwagen des Artillerieregiments Nr. 4 karambolierte in der Ulloerstraße zu Budapest mit einem Straßenbahnwagen. Der Lastwagen wurde vollständig zertrümmert, der Artillerist Peter, der den Wagen lenkte, wurde erdrückt und blieb auf der Stelle tot. Der auf dem Wagen befindliche Artillerist Reisel erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

— Weitere Pläne der Verbrecher von Houndsditch. In den Ruinen von Sidney Street hat man den Plan für eine andere „Expropriation“ in noch größerem Stile als den Einbruch in Houndsditch gefunden. Die große Versicherungsgesellschaft an Moorgate Street, die große Summen Geldes in ihren Kassenfräkten aufbewahrt, pflegte, berichtet werden, und der Plan war bereits so weit gediehen, daß ein Mitglied der Bande laut aufgefundenen Briefe ein benachbartes Haus gemietet hatte, von dem aus ein Tunnel gegraben werden sollte.

„Samuel,“ sagte Elias in aufsehnendem
Tone, „dem die Lebenszeiten wecheln, wenn
alles beinahe, wenn das Herz ist, und alle
unser Hoffnungen verfließen sind, dann können
wir noch mehr, mehr glücken werden, und viel
leicht auch besser begreifen sein. Du bist ja
nicht recht schön und orientirte nicht gleich,
Mama! Suches, und du glaubst, ich werde nun
so ich weiß, wie es nun mit sich, bei etlichen
den Gesellen um und auf und davon gehen, be-
reit bin und ganz Suches und wieder in der
trauen und Geruchhaft zusammenfließen können.

Der eifrigste Berliner

Der ehtgleiste Berlin-Kopenhagen D-Zug

Das deutsche Kronprinzenpaar auf der Reise.

Steffie. „Warum thösten Sie sich noch in diesen Schwärze von Stoff auf, vor Leuten, die Sie nicht kennen? —“ „Na, ich kam nicht so fern — die Dicks sollen merken, daß man nicht gar so auf dem glenning steht!“

